



V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

28. Jahrgang · Heft 3

März 1976

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Grafik des Monats: 16 Jahre Wohnungsbau

Aufsätze:

Bundestagswahl 1976 (Teil 1)

Exmatrikulierte Studenten

Wandel im Wohnbau

Millionenvermögen

Kurzberichte:

Straßenverkehrsunfälle

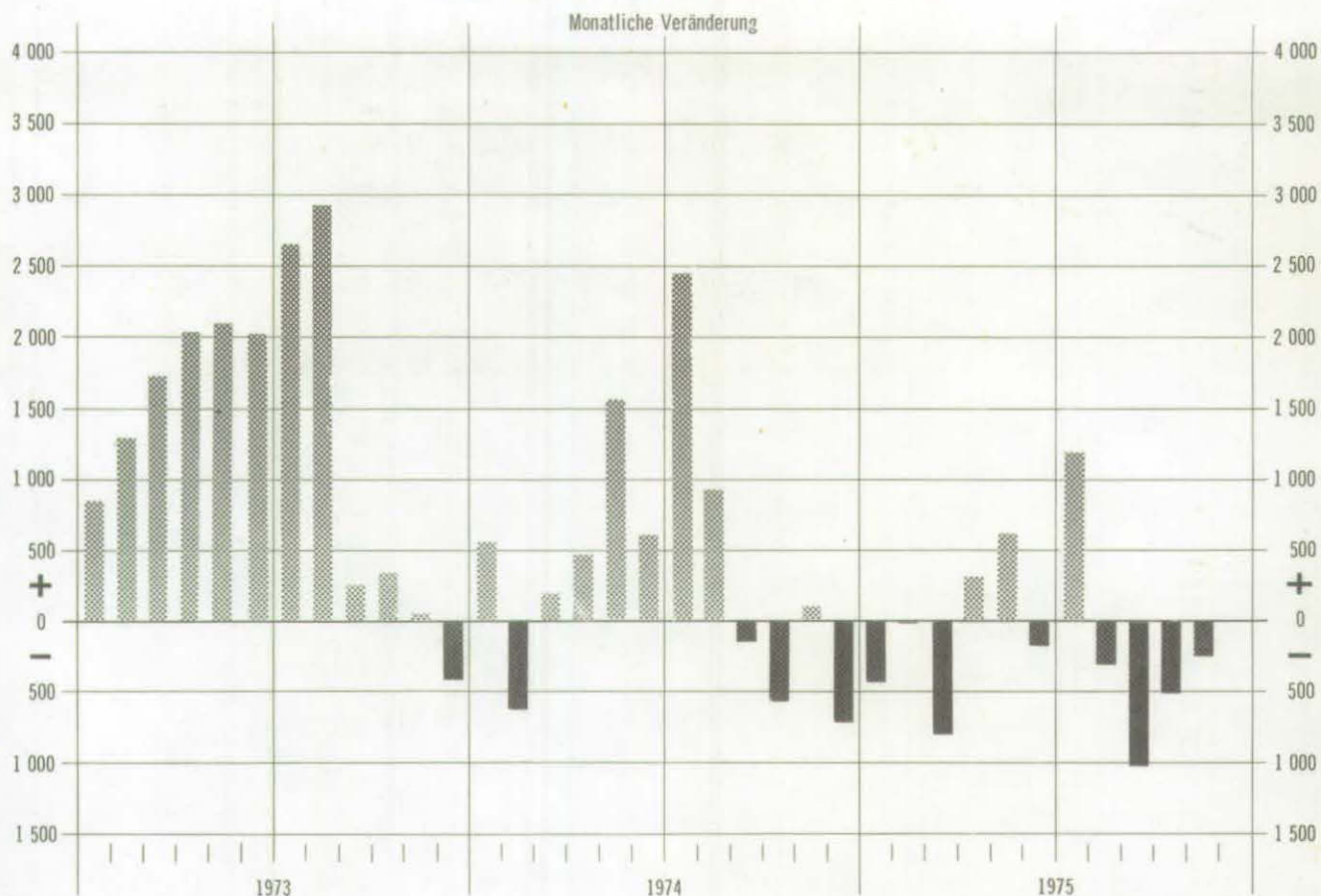
BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG



VERUNGLÜCKTE IM STRASSENVERKEHR



INHALT 3/76

	Seite
Aktuelle Auslese	45
Aufsätze	
Die Bundestagswahl am 3. Oktober 1976 (Teil 1)	46
Exmatrikulierte an der Universität Kiel	48
Wandel im Wohnbau	52
Die Millionenvermögen der natürlichen Personen in Schleswig-Holstein	59
Kurzberichte	
Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden .	63
Grafik des Monats	54
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven A (allgemein)	3. Umschlagseite

Neu erschienen:

Statistische Berichte

C IV 9 — J/74 (Teil 2)

„Agrarstruktur in Schleswig-Holstein 1974

(Teil 2: Anbau und Viehhaltung nach Größenklassen
und Kreisen)“

152 Seiten, Preis 7,80 DM

G I 3 — J/73

„Wareneinkauf, Lagerbestand und Rohertrag im Einzelhandel
Schleswig-Holsteins im Jahre 1973“

4 Seiten, Preis 0,60 DM

Q I 1/Q I 2 — 75 (Vorwegerhebung)

„Wasserversorgung und Abfallbeseitigung am 1. 1. 1975“

10 Seiten, Preis 1,00 DM

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 9/1975

Getreide- und Rapsernten 1974 und 1975
Sozialprodukt (Teil 2)
Nord-Ostsee-Kanal 1974
Spareinlagen
Erkrankungen an Gelbsucht

Heft 10/1975

Investitionen Baugewerbe
Erwerbstätige und Beruf (Teil 3)
Grenz-Reiseverkehr
Lohnsummensteuer

Heft 11/12 - 1975

Allgemeinbildende Schulen
Schülerprognose
Hochschulstatistik
Lehrer-Studenten
Studentendatei und Studentenstatistik

Heft 1/1976

Verarbeitende Industrie 1975
Haushalte und Wohnungen
Geflügelwirtschaft
Ackerschlepper und Feldmaschinen
Sozialhilfeempfänger

Heft 2/1976

Güterverkehr Eisenbahn
Milchviehbetriebe
Teilbeschäftigte 1970



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

28. Jahrgang · Heft 3

März 1976

Aktuelle Auslese

Fast 755 000 Personenkraftwagen



Der Bestand an zulassungspflichtigen Kraftfahrzeugen hat sich – nach Angaben des Kraftfahrt-Bundesamtes – in Schleswig-Holstein, wie auch im übrigen Bundesgebiet, im Jahre 1975 um 4 % erhöht; 1974 hatte der Zuwachs nur 2 % betragen. Insgesamt wurden am 1. Januar 1976 880 400 Kraftfahrzeuge registriert, darunter 754 800 Personenkraftwagen.

Im wesentlichen ist die Bestandserhöhung auf den Zugang von Personenkraftwagen zurückzuführen, deren Zahl sich um 35 500 erhöhte (+ 5 %). Relativ stärker (+ 15 %) nahm der Bestand an Krafträdern zu. Ihr Anteil am Gesamtbestand der Kraftfahrzeuge macht jedoch nur knapp 1 % aus. Mit Ausnahme der Lastkraftwagen (– 3 %) nahmen die Bestände der übrigen Kraftfahrzeugarten ebenfalls zu, und zwar Kraftomnibusse und Sonderfahrzeuge um je 4 %, Zugmaschinen um 1 %.

Wachsende Industrieproduktion für den privaten Verbrauch



Im Januar 1976 ging der Personaleinsatz in der verarbeitenden Industrie Schleswig-Holsteins um fast 1 500 Beschäftigte zurück. Da auch in "normalen" Jahren im ersten Wintermonat ein Rückgang an Industriebeschäftigten die Regel ist, haben strukturelle und konjunkturelle Einflüsse die negative Entwicklung nicht allein – wohl aber überwiegend – verursacht. Namentlich in der vom Baugeschehen abhängigen Industrie der Steine und Erden sowie in der Ernährungsindustrie kam es zu Freisetzen von Arbeitskräften.

Mit knapp 172 000 in der Industrie (ohne Kleinbetriebe) tätigen Personen wurde der Beschäftigtenstand von vor einem Jahr um 4,7 % unterschritten. Die Zahl der von Arbeitern im Durchschnitt arbeitstäglich geleisteten Stunden stieg dabei leicht an. Es wurden um 3,3 % höhere Umsätze erzielt als im gleichen Vorjahresmonat; das bedeutet auch real einen Zuwachs. Infolge des Beschäftigtenrückgangs erhöhte sich die Summe der Löhne und Gehälter nur wenig (+ 1,1 %).

Die produzierte Gütermenge war im Januar 1976 um 2,4 % größer als im gleichen Monat des Vorjahres. Der Anstieg war bei den Verbrauchsgütern am stärksten (+ 15 %), im Investitionsgütersektor (+ 6 %) aber auch noch beachtlich. Die Herstellung von Grundstoffen und Produktionsgütern sowie von Nahrungs- und Genussmitteln wurde demgegenüber um 4 bis 5 % eingeschränkt (Ernährungsgüter allein: + 6 %).



Erste Ergebnisse der Umweltstatistiken über Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung

Von den am 1. Januar 1975 in Schleswig-Holstein befindlichen 1 170 Gemeinden waren 725 an der öffentlichen Wasserversorgung angeschlossen. Der Wasserbedarf wird von 302 der insgesamt betriebenen 308 öffentlichen Wassergewinnungsanlagen aus dem Grundwasser gedeckt.

Eine öffentliche Abwasserbeseitigung besteht in 470 Gemeinden. Von den insgesamt 402 öffentlichen Kläranlagen behandeln 61 das Abwasser mechanisch, 47 teilbiologisch und 294 vollbiologisch. Die Länge des Kanalnetzes zur Sammlung des Abwassers beträgt in Schleswig-Holstein knapp 9 200 km.

Die Bundestagswahl am 3. Oktober 1976

Teil 1: Wahlkreiseinteilung

Wahlkreiskommission

Nach § 3 des Bundeswahlgesetzes (BWG in der Fassung vom 1. 9. 1975 - BGBl. I, S. 2325) hat die Wahlkreiskommission die Aufgabe, die Bevölkerungsentwicklung im Wahlgebiet zu beobachten und gegebenenfalls Änderungsvorschläge zur Wahlkreiseinteilung zu machen. Sie hat dabei folgende Grundsätze zu beachten:

1. Die Ländergrenzen sind einzuhalten.
2. Die Bevölkerungszahl eines Wahlkreises soll von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlkreise nicht mehr als um 25% nach oben oder unten abweichen; beträgt die Abweichung mehr als ein Drittel, so ist eine Neuabgrenzung vorzunehmen. Dabei ist von der deutschen Wohnbevölkerung auszugehen.
3. Die Zahl der Wahlkreise in den einzelnen Ländern soll soweit wie möglich deren Bevölkerungsanteil entsprechen.
4. Der Wahlkreis soll ein zusammenhängendes Gebiet bilden.
5. Die Gemeinden- und Kreisgrenzen sollen nach Möglichkeit eingehalten werden.

Die Wahlkreiskommission hat dem Bundesminister des Innern innerhalb von eineinhalb Jahren nach dem ersten Zusammentritt des Bundestages Bericht zu erstatten. Damit ist gewährleistet, daß den Parteien, sofern eine Neueinteilung erforderlich ist, rechtzeitig vor der nächsten Bundestagswahl die Wahlkreiseinteilung bekannt ist.

Der der neuen Wahlkreiseinteilung zugrundeliegende Bericht der Wahlkreiskommission wurde am 7. Dezember 1973 bekanntgemacht (Beilage zum Bundesanzeiger Nr. 3 vom 5. Januar 1974). Er beruht noch auf der damaligen Fassung des BWG vom 3. Juli 1972 (BGBl. I, S. 1100), die unter anderem die Vorlage des Berichts innerhalb eines Jahres nach Zusammentritt des Bundestages vorsieht.

Die kommunale Gebietsreform und die unterschiedliche Bevölkerungsentwicklung macht in allen Bundesländern eine mehr oder weniger umfangreiche Neueinteilung der Wahlkreise erforderlich. Neben den oben angegebenen Grundsätzen hatte sich die Wahlkreiskommission zum Ziel gesetzt, eine Wahlkreiseinteilung zu empfehlen, die für mehrere Wahlperioden Bestand hat, bei der die Bevölkerungszahl möglichst nicht mehr als 20% vom Bundesdurchschnitt abweicht, die die Ämtergrenzen berücksichtigt und die

möglichst wenig von der alten Einteilung abweicht.

In Schleswig-Holstein entsprachen zwei Wahlkreise nicht der Bevölkerungsrichtlinie (1 Flensburg und 10 Stormarn - Hsgt. Lauenburg) und sieben nicht der Kreisgrenzenrichtlinie. Dies waren die alten Wahlkreise 1 Flensburg wegen des neuen Kreises Schleswig-Flensburg, 3 Nordfriesland-Dithmarschen-Nord wegen des neuen Kreises Dithmarschen, 4 Steinburg-Dithmarschen-Süd (wie Wahlkreis 3), 2 Schleswig-Eckernförde wegen der neuen Kreise Schleswig-Flensburg und Rendsburg-Eckernförde, 6 Kiel wegen der zum Wahlkreis 2 gehörenden Stadtteile nördlich des Nord-Ostsee-Kanals, 7 Plön wegen des neuen Kreises Ostholstein und 8 Segeberg-Eutin ebenfalls wegen des neuen Kreises Ostholstein. Für Schleswig-Holstein war also eine Neueinteilung unbedingt erforderlich.

Neueinteilung in Schleswig-Holstein

Die Anzahl der Wahlkreise hat sich in Schleswig-Holstein nicht geändert: Der Anteil der deutschen Wohnbevölkerung des Landes an der des Bundesgebietes entspricht 11 Wahlkreisen von 248. Die Neueinteilung beschränkt sich daher darauf, zu hohe Bevölkerungsabweichungen zu beseitigen und das Zerschneiden von Kreisen zu vermeiden.

Völlig unverändert konnten die Wahlkreise 9 Pinneberg (jetzt 7) und 11 Lübeck erhalten bleiben, da sie jeweils einen Kreis umfassen und nur geringfügig vom Bevölkerungsdurchschnitt abweichen. Die Wahlkreise 3 Nordfriesland-Dithmarschen-Nord (jetzt 2) und 4 Steinburg-Dithmarschen-Süd (jetzt 3) wurden ebenfalls nicht geändert, da sich keine bessere Lösung anbot. Es bleibt also hier bei der Zerschneidung des Kreises Dithmarschen. Der Wahlkreis 6 Kiel (jetzt 5) wurde nur unwesentlich geändert. Er umfaßt jetzt die gesamte kreisfreie Stadt Kiel. Die nördlich des Nord-Ostsee-Kanals liegenden Stadtteile, die bisher zum Wahlkreis 2 Schleswig-Eckernförde gehörten, wurden einbezogen. Im Kern erhalten blieb der Wahlkreis 10 Stormarn - Hsgt. Lauenburg (jetzt 10 Hsgt. Lauenburg - Stormarn - Süd). Dieser Wahlkreis muß einen Teil abgeben, da seine Abweichung vom Bundesdurchschnitt mehr als ein Drittel ausmacht und weil wegen seiner Lage im Nachbarraum um Hamburg noch ein weiterer überdurchschnittlicher Bevölkerungszuwachs

zu erwarten ist. Es wurde der nördliche Teil von Stormarn, der dem Landtagswahlkreis 39 entspricht, abgetrennt. Alle übrigen Bundestagswahlkreise wurden unter Einhaltung der Kreisgrenzen neu geschnitten. Der Wahlkreis 1 Flensburg-Schleswig umfaßt jetzt die kreisfreie Stadt Flensburg und den Kreis Schleswig-Flensburg. Es ist der ehemalige Kreis Schleswig hinzugekommen. Zum neuen Wahlkreis 4 Rendsburg-Eckernförde gehört der politische Kreis gleichen Namens. Er ist mit dem bisherigen Wahlkreis 5 Rendsburg-Neumünster nicht mehr vergleichbar, dem der ehemalige Kreis Rendsburg und die kreisfreie Stadt Neumünster angehörten. Auch der neue Wahlkreis 6 Plön-Neumünster mit dem Kreis Plön und der kreisfreien Stadt Neumünster ist mit keinem bisherigen Wahlkreis vergleichbar. Hier wurden Teile der alten Wahlkreise 7 Plön (Kreis Plön und ehemaliger Kreis Oldenburg) und 5 Rendsburg-Neumünster vereinigt. Der neue Wahlkreis 8 Segeberg-Stormarn-Nord umfaßt den Kreis Segeberg und den nördlichen Teil von Stormarn, der dem Landtagswahlkreis 39 entspricht. Völlig neu ist der Bundestagswahlkreis 9 Ostholstein. Er ist identisch mit dem politischen Kreis Ostholstein. Bisher gehörten sein nördlicher Teil, der ehemalige Kreis Oldenburg, zum alten Wahlkreis 7 Plön und sein südlicher Teil, der ehemalige Kreis Eutin, zum alten Wahlkreis 8 Segeberg-Eutin. Die folgende Übersicht zeigt, wie die neuen Wahlkreise heißen und welche Verwaltungsgebiete zu ihnen gehören.

Die neuen Bundestagswahlkreise und ihr Gebiet

Nr.	Name	Gebiet
		(KREISFREIE STADT, Kreis)
1	Flensburg-Schleswig	FLensburg und Schleswig-Flensburg
2	Nordfriesland-Dithmarschen-Nord	Nordfriesland und ehem. Kreis Norderdithmarschen
3	Steinburg-Dithmarschen-Süd	Steinburg und ehem. Kreis Süderdithmarschen
4	Rendsburg-Eckernförde	Rendsburg-Eckernförde
5	Kiel	KIEL
6	Plön-Neumünster	Plön und NEUMÜNSTER
7	Pinneberg	Pinneberg
8	Segeberg-Stormarn-Nord	Segeberg und nördl. Teil von Stormarn
9	Ostholstein	Ostholstein
10	Hzgt. Lauenburg-Stormarn-Süd	Hzgt. Lauenburg und südl. Teil von Stormarn
11	Lübeck	LÜBECK

Die neue Wahlkreiseinteilung hat sich soweit wie möglich an die Verwaltungsgrenzen gehalten. Es ist keine Gemeinde und kein Amt zerschnitten worden und die Kreis-

grenzen nur zwischen den Wahlkreisen 2 und 3 sowie 8 und 10.

Auch von der Wohnbevölkerung her gesehen sind die Abweichungen in Grenzen gehalten worden. Kein Wahlkreis liegt in der Nähe der kritischen Grenze von 33 1/3% und auch keiner über 25%. Die größte Abweichung vom Bundesdurchschnitt ergibt sich im Wahlkreis 9 Ostholstein mit - 21,2%. Über 10% liegen noch die Wahlkreise 1 Flensburg-Schleswig mit + 13,5%, 3 Steinburg-Dithmarschen-Süd mit - 14,8% und 6 Plön-Neumünster mit - 16,6%. Die übrigen sieben Wahlkreise weisen eine Abweichung von weniger als 10% auf. Der Wahlkreis 4 Rendsburg-Eckernförde hat sogar die optimale Größe. Er entspricht dem Bundesdurchschnitt. Die folgende Übersicht bringt die Anzahl der deutschen Bevölkerung in den Wahlkreisen und ihre Abweichung vom Bundesdurchschnitt.

Die deutsche Wohnbevölkerung in den Bundestagswahlkreisen

Wahlkreis	Deutsche Bevölkerung am 30. 6. 1975		
	Anzahl	Abweichung vom Bundes-D = 232 833	
		Anzahl	in %
1 Flensburg-Schleswig	264 314	+ 31 481	+ 13,5
2 Nordfriesland-Dithmarschen-Nord	219 590	- 13 243	- 5,7
3 Steinburg-Dithmarschen-Süd	198 412	- 34 421	- 14,8
4 Rendsburg-Eckernförde	232 834	+ 1	+ 0,0
5 Kiel	250 857	+ 18 024	+ 7,7
6 Plön-Neumünster	194 145	- 38 688	- 16,6
7 Pinneberg	240 614	+ 7 781	+ 3,3
8 Segeberg-Stormarn-Nord	250 549	+ 17 716	+ 7,6
9 Ostholstein	183 529	- 49 304	- 21,2
10 Hzgt. Lauenburg-Stormarn-Süd	251 328	+ 18 495	+ 7,9
11 Lübeck	220 406	- 12 427	- 5,3

Umrechnung der letzten Bundestagswahl

Da nur vier Bundestagswahlkreise gegenüber der Bundestagswahl 1972 unverändert geblieben sind, stellt sich die Frage: welchen Einfluß hat die Neueinteilung auf die Wahlergebnisse, oder wie hätte das Wahlergebnis 1972 ausgesehen, wenn die jetzige Einteilung schon damals bestanden hätte?

Am Landesergebnis und damit an der Gesamtzahl der Sitze würde sich selbstverständlich nichts ändern. Bekanntlich hat die SPD von den 22 Bundestagsmandaten 11 erhalten, die CDU 9 und die FDP 2. Die SPD brachte dabei 9 Wahlkreisbewerber durch und die CDU 2. Auch auf die Wahl der Wahlkreisbewerber hätte die jetzige Einteilung nur unwesentlichen Einfluß gehabt. Die SPD würde

Stimmenanteile von CDU, SPD und FDP
in den Bundestagswahlkreisen 1976
nach den Ergebnissen der Bundestagswahl 1972

Wahlkreis	Stimmenanteile in %					
	Erststimmen			Zweitstimmen		
	CDU	SPD	FDP	CDU	SPD	FDP
1 Flensburg-Schleswig	42,2	52,8	4,2	41,3	49,4	8,6
2 Nordfriesland-Dithmarschen-Nord	46,5	46,1	6,6	46,2	44,5	8,5
3 Steinburg-Dithmarschen-Süd	48,9	46,7	3,4	46,6	45,7	6,7
4 Rendsburg-Eckernförde	45,2	49,9	4,1	44,5	46,9	7,9
5 Kiel	35,4	59,7	4,0	34,5	55,5	9,3
6 Plön-Neumünster	42,5	53,7	3,1	42,0	50,1	7,2
7 Pinneberg	43,1	51,3	4,9	41,9	47,0	10,3
8 Segeberg-Stormarn-Nord	45,2	49,2	4,8	44,3	45,3	9,7
9 Ostholstein	44,6	51,2	3,6	43,9	47,9	7,4
10 Hrgt. Lauenburg-Stormarn-Süd	44,1	50,8	4,2	43,1	46,7	9,5
11 Lübeck	37,0	58,8	3,3	37,0	53,9	8,2
Schleswig-Holstein	42,9	52,1	4,2	42,0	48,6	8,6

auch bei der neuen Einteilung in 9 Wahlkreisen die meisten Erststimmen erhalten

und damit den Wahlkreissieger gestellt haben und die CDU in zwei Wahlkreisen. Ein Unterschied wäre jedoch, daß die SPD nur in sieben Wahlkreisen anstatt in acht mit der absoluten Mehrheit erfolgreich gewesen wäre. Bei den Zweitstimmen hätten sich keine Änderungen ergeben. Die SPD wäre in sechs Wahlkreisen auf die relative und in drei Wahlkreisen auf die absolute Mehrheit gekommen, während die CDU in zwei Wahlkreisen die relative Mehrheit erhalten hätte. Die Tabelle zeigt die auf die neuen Wahlkreise umgerechneten Stimmenanteile von CDU, SPD und FDP nach den Ergebnissen der Bundestagswahl 1972.

Ausführliche Ergebnisse mit Umrechnungen der Bundestagswahl 1972, der Kreiswahl 1974 und der Landtagswahl 1975 auf die neue Wahlkreiseinteilung sowie Ergebnisse der Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern sind im Statistischen Bericht B VII 1 - 1/76 "Die Bundestagswahl 1976 - Ergebnisse vorangegangener Wahlen -" veröffentlicht worden.

Walter Dahms

Exmatrikulierte an der Universität Kiel

Über Studenten, die sich erstmals bei einer Hochschule einschreiben, liegen zur Zeit mehr Informationen vor als über Studenten, die die Hochschule verlassen. So vermag zwar die Studentenstatistik die regionale und soziale Herkunft, die Schulbildung und die Altersstruktur der Studienanfänger nachzuweisen, über die Absolventen der Hochschule ist ein so klares Bild aber im Augenblick nicht möglich. Dieser Mangel beruht unter anderem auf dem methodischen Ansatz der Studentenstatistik. Danach können die Daten, die nötig sind, um ein Bild über das Verhalten der Studenten vom Studienbeginn bis zur Exmatrikulation zu zeichnen, erst im Rahmen einer Verlaufsstatisik gewonnen werden. Im gegenwärtigen Stadium ist es nur möglich, einen begrenzt aussagefähigen Datensatz über die Exmatrikulierten durch die Verknüpfung weniger Daten von zwei aufeinanderfolgenden Semestern aufzubauen. Dieser Datensatz enthält den Grund der Exmatrikulation, die Fachbereichszugehörigkeit sowie die Studiendauer der Exmatrikulierten nach Hochschul- und Fachsemestern.

Für die Aufbereitung und Auswertung der oben genannten Daten sind nur die entlassenen Studenten der Universität Kiel herangezogen. Als Beobachtungszeitraum wurden das Sommersemester 1974 und das Wintersemester 1974/75

ausgewählt. Beide Semester wurden zum Studienjahr 1974 zusammengefaßt. Dabei konnten nur die Studenten berücksichtigt werden, die sich mit Ablauf des Sommersemesters 1974 oder des Wintersemesters 1974/75 exmatrikuliert und diesen Entschluß dem Universitätssekretariat bis zu einem bestimmten Stichtag gemeldet hatten. Exmatrikulationen, die verspätet abgegeben wurden, sind somit in die Aufbereitung nicht eingegangen.

An der Universität Kiel studierten im Sommersemester 1974 9 570 Studenten und im Wintersemester 1974/75 10 630 Studenten. Davon haben sich mit Ablauf des Sommersemesters 811 Studenten und nach dem Wintersemester 860 Studenten exmatrikuliert. Das sind jeweils 8 % aller Studenten. Für das Studienjahr 1974 lagen somit insgesamt 1 671 Exmatrikulationen vor.

Die Studenten exmatrikulieren sich, wenn sie das Studium nach bestandener Abschlußprüfung beenden oder das Studium ohne Abschluß aufgeben. Diese Studenten verlassen in der Regel für immer die Hochschule. Andere Studenten stellen den Antrag auf Entlassung, um das Studium an einer anderen Hochschule fortzusetzen. Diese drei Gründe wurden bei der vorliegenden Untersuchung am häufigsten genannt.

Exmatrikulierte an der Universität Kiel
Studienjahr 1974

Exmatrikulationsgrund	Exmatrikulierte		Durchschnittlich abgelegte	
	Anzahl	%	Hoch- schul- semester	Fach- semester
Bestandene Abschlußprüfung	773	46,3	11,7	11,2
Aufgabe des Studiums	122	7,3	6,5	5,0
Wechsel der Hochschule	625	37,4	5,2	4,5
Einberufung zum Wehr- oder Ersatzdienst	36	2,1	2,3	1,9
Studienunterbrechung	93	5,6	8,2	7,1
Andere Gründe	22	1,3	9,4	7,2
Insgesamt	1 671	100	8,6	7,9

Ein weiterer Exmatrikulationsgrund ist die Einberufung zum Wehr- und Ersatzdienst. Der Grund "Studienunterbrechung" umfaßt verschiedene Anlässe zur Exmatrikulation, so zum Beispiel Krankheit, Examensvorbereitungen, Auslandsstudium oder kurzfristige Erwerbstätigkeit, zum Beispiel um das weitere Studium zu finanzieren. Wie beim Hochschulwechsel beabsichtigt der Student in diesen Fällen meistens, irgendwann weiterzustudieren. Alle genannten Exmatrikulationsgründe sind Absichtserklärungen und entsprechend zu werten.

Von den 1 671 Studenten, die sich im Studienjahr 1974 an der Universität Kiel exmatrikulierten, verließen 773 Studenten die Hochschule nach bestandener Abschlußprüfung, 625 Studenten gaben das Studium ohne Abschluß auf, und 93 Studenten beantragten, das Studium zu unterbrechen. Die Einberufung zum Wehr- und Ersatzdienst nannten 36 Studenten als Grund für die Exmatrikulation, und 22 Studenten verließen die Universität, ohne eine der genannten Begründungen anzugeben.

Die Zahl der durchschnittlich absolvierten Hochschul- und Fachsemester ist ein grobes Maß für die Dauer des Aufenthalts an einer Hochschule. Diese Durchschnittswerte gewinnt man, indem die Summe der abgelegten Hochschul- oder Fachsemester der exmatrikulierten Studenten durch die Zahl der exmatrikulierten Studenten dividiert wird.

Für die einzelnen Gründe der Exmatrikulation ergeben sich unterschiedliche Durchschnittswerte, und zwar sowohl für die Hochschulsemester als auch für die Fachsemester. Unter Fachsemester sind dabei die Semester zu verstehen, die dem Studenten im Hinblick auf die angestrebte Abschlußprüfung für ein bestimmtes Studienfach oder für eine bestimmte Studienfachkombination anerkannt werden. Die Hochschulsemester müssen diesen in der Regel durch die Prüfungsordnung geprägten inhaltlichen Bezug nicht aufweisen. Es handelt sich bei ihnen um die Semester, die ein Student im

Hochschulbereich absolviert, unabhängig von seinem Studienziel. Die Zahl der Hochschulsemester kann für den einzelnen Studenten gleich oder größer sein als die Zahl seiner Fachsemester, aber nicht kleiner. Hat der einzelne Student mehr Hochschul- als Fachsemester, so kann das ein Hinweis dafür sein, daß er irgendwann einmal den Studiengang oder das Studienfach gewechselt hat. Bei einem Wechsel können - je nach der inhaltlichen Nähe zu dem neu gewählten Studienfach oder Studiengang - Fachsemester angerechnet werden.

Die Frage, nach dem wievielten Semester die Exmatrikulation beantragt wurde, beantworteten 1 516 der 1 671 entlassenen Studenten. Das entspricht einer Antwortquote von 91 %. Das Ergebnis zeigt, daß im Studienjahr 1974 die exmatrikulierten Studenten im Durchschnitt 8,6 Hochschulsemester und 7,9 Fachsemester studiert haben. Die Studenten, die sich nach erfolgreichem Examen exmatrikulieren ließen, hatten im Schnitt 11,7 Hochschul- und 11,2 Fachsemester absolviert. Man kann annehmen, daß in diesen Durchschnittswerten das Examensemester enthalten ist. Da der Student die Zeit vom Studienbeginn bis zum Bestehen des Examens angibt, sind diese Werte auch ein grober Maßstab für die Studiendauer. Wird dagegen nach der Zeit gefragt, die der Student unabhängig vom Studienerfolg im Durchschnitt an der Hochschule verbleibt, so wird von der Verweildauer gesprochen.

Die Durchschnittswerte von 11,7 Hochschul- und von 11,2 Fachsemestern sagen nicht viel über die tatsächliche Studiendauer der einzelnen Studenten. Die Zahl der absolvierten Hochschulsemester streut weit um den Mittelwert von 11,7. Drei Viertel der Studenten, die mit erfolgreicher Abschlußprüfung den Hochschulbereich verließen, hatten zwischen 9 und 15 Hochschulsemester studiert. Darunter wiesen 240 Studenten, das sind fast ein Drittel der 739 in Frage kommenden Studenten, 11 oder 12 Hochschulsemester auf. Gut 11 % der auskunftswilligen Studenten hatten 16 und mehr Hochschulsemester, andererseits hatten 14 % dieser Studenten nur 7 oder 8 Hochschulsemester studiert. Die Verteilung der absolvierten Fachsemester ist ähnlich charakterisiert, wobei lediglich der Anteil der entlassenen Studenten, die 8 und weniger Fachsemester abgelegt hatten, um vier Prozentpunkte höher, und der Anteil derer mit 16 und mehr Fachsemestern um vier Prozentpunkte geringer ist. Von den 122 exmatrikulierten Studenten, die das Studium ohne Abschluß beendeten, antworteten 112 (92 %) auf die Frage nach der Anzahl der abgelegten Semester. Die durchschnittlich absolvierten Semester sind bei diesen Studenten erwartungsgemäß weniger als bei den Studenten, die einen Abschluß nachweisen konnten. Im

Durchschnitt hatten die entlassenen Studenten 6,5 Hochschulsemester und 5,0 Fachsemester absolviert. Die große Diskrepanz zwischen diesen beiden Durchschnittswerten läßt vermuten, daß nicht ganz wenige Studenten sich erst einmal in einem anderen Studiengang versuchen, bevor sie das Studium überhaupt aufgeben. Auf der anderen Seite wird der Entschluß, den Hochschulbereich wieder zu verlassen, oft schon recht früh gefaßt. Nach dem vorliegenden Zahlenmaterial verließen 28 % der 112 Studenten bereits nach dem ersten oder zweiten Hochschulsemester wieder die Hochschule. Die weitaus meisten Studenten, die sich vor dem Examen exmatrikulierten, schieden nach einer Studienzeit aus, in der man in der Regel an der Universität noch kein Studium erfolgreich ablegen kann: 62 % der 112 Studenten hatten zum Zeitpunkt ihrer Exmatrikulation 6 oder weniger Hochschulsemester. Über dem Durchschnittswert von 11,7 Hochschulsemestern, der für die examinierten Studenten gilt, lagen aber immerhin noch 22 % der 112 examenslosen Abgänger.

Der Hochschulwechsel war ein häufig genannter Grund für die Exmatrikulation. Von den 625 Studenten, die die Hochschule wechselten, haben 527 (84%) die Frage nach der Anzahl der Hochschul- und Fachsemester beantwortet. Diese Studenten hatten im Durchschnitt zum Zeitpunkt der Exmatrikulation 5,2 Hochschulsemester und 4,5 Fachsemester studiert. Der Hochschulwechsel wird also nach den vorliegenden Ergebnissen überwiegend in der ersten Hälfte des Studiums vollzogen, und zwar entweder in den beiden ersten Semestern oder kurz nach einer Zwischenprüfung. Dieses Studienverhalten spiegelt sich in der Verteilung der Studenten über die Hochschulsemester wider, die zeigt, daß knapp 74% der 527 Studenten 6 oder weniger Hochschulsemester hatten. Zieht man die Anzahl der studierten Fachsemester heran, so läßt sich die Aussage noch verdeutlichen: 81% der in Frage kommenden Studenten hatten zum Zeitpunkt des Hochschulwechsels 6 und weniger Fachsemester.

Auf die Semesterstruktur der Studenten mit anderen Gründen für eine Exmatrikulation wird nicht näher eingegangen, da entweder die Zahl der erfaßten Fälle zu gering ist oder die Gründe, z. B. für die Unterbrechung, zu vielfältig sind, um allgemeingültige Aussagen zu machen.

Im nächsten Abschnitt wird versucht, einen Zusammenhang zwischen der Fachbereichszugehörigkeit, der Zahl der Semester und dem Grund der Exmatrikulation zu erarbeiten. Entsprechend der Größe der Fachbereiche exmatrikulierten sich die meisten Studenten aus den Fachbereichen der Philosophie und der Mathematik und Naturwissenschaften. Von

den 1 671 entlassenen Studenten gehörten 821 (49%) diesen Fachbereichen an. In den Rechtswissenschaften nahmen 244 (15%), in dem Fachbereich Medizin 221 (13%), in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften 111 (7%), in der Agrarwissenschaft 88 (5%) und in der Theologie 31 (2%) Studenten die Exmatrikulation vor. Da bei 155 (9%) entlassenen Studenten keine Zuordnung zu einem Fachbereich möglich war, beschränken sich die folgenden Aussagen auf die 1 516 Studenten mit Fachbereichsangabe.

Die drei am häufigsten genannten Exmatrikulationsgründe - bestandene Abschlußprüfung, Hochschulwechsel und Aufgabe des Studiums - fielen in den einzelnen Fachbereichen unterschiedlich an. Von den angesprochenen Studenten aus dem Fachbereich Rechtswissenschaften gaben 58% an, die Exmatrikulation wegen der bestandenen Abschlußprüfung vorzunehmen. Ähnlich hoch lag dieser Anteil der exmatrikulierten Studenten in den Fachbereichen Mathematik und Naturwissenschaften (51%) sowie Medizin (53%). Am niedrigsten war dieser Wert mit 35% bei den Studenten der Agrarwissenschaft. Bei den übrigen Fachbereichen hatten sich jeweils knapp über 40% der befragten Studenten exmatrikuliert, weil das Studium erfolgreich abgeschlossen werden konnte.

Hochschulwechsel war vor allem für die entlassenen Studenten der Theologie ein Grund, die Exmatrikulation vorzunehmen: 45% gaben diese Begründung bei der Antragstellung an. In den Fachbereichen Philosophie und Rechtswissenschaften ließen sich auf der anderen Seite jeweils nur 32% der entlassenen Studenten wegen eines beabsichtigten Hochschulwechsels exmatrikulieren. Für die übrigen Fakultäten lagen die entsprechenden Anteile zwischen diesen Extremwerten.

Mit diesen beiden Gründen - bestandene Prüfung und Hochschulwechsel - erklärte in allen Fachbereichen der weitaus größte Teil der entlassenen Studenten seine Exmatrikulation. In weiteren Fällen wurde noch die Aufgabe des Studiums als Begründung genannt. Da aber hier wie auch für die anderen Gründe die Werte in den einzelnen Fachbereichen zu gering sind, um allgemeingültige Aussagen zu machen, wird die Darstellung auf die beiden obengenannten Gründe beschränkt.

Die Studiendauer und die Verweildauer der exmatrikulierten Studenten, gemessen in den Durchschnittswerten der abgelegten Semester, stellt sich in den einzelnen Fachbereichen unterschiedlich dar. Zieht man die entlassenen Studenten heran, die im untersuchten Zeitraum die Universität Kiel nach bestandenen Examen verließen, so zeigt sich, daß im

Fachbereich Theologie die angesprochenen Studenten im Durchschnitt 11,2 Fachsemester und 11,7 Hochschulsemester studiert hatten. Das sind genau die Werte, die für alle Studenten, die sich nach erfolgreichem Studium exmatrikulierten, errechnet wurden. Nimmt man diese Durchschnittswerte als Richtschnur für die Beurteilung der exmatrikulierten Studenten in den anderen Fachbereichen, so zeigt sich, daß die nach dem Examen entlassenen Studenten des Fachbereichs Wirtschafts- und Sozialwissenschaften durchschnittlich etwas länger, die Exmatrikulierten in den Fachbereichen Rechtswissenschaften, Philosophie und Mathematik/Naturwissenschaften etwas kürzer studiert haben. Gegenüber den Durchschnittswerten von 11,2 und 11,7 waren hier geringe Abweichungen in Höhe von $\pm 0,4$ Prozentpunkten festzustellen. Deutlich sind dagegen diese Unterschiede hinsichtlich der durchschnittlichen Studiendauer für die examinierten Studenten in den Fachbereichen Medizin und Agrarwissenschaft. Nach den Aufbereitungen im Studienjahr 1974 hatten die entlassenen Studenten des Fachbereichs Medizin durchschnittlich 13,3 Hochschulsemester und 12,8 Fachsemester. Die exmatrikulierten Studenten der Agrarwissenschaft wiesen dagegen im Durchschnitt nur 9,8 Hochschulsemester und 9,5 Fachsemester auf.

Betrachtet man neben den Durchschnittswerten die Streuung der Studiendauer, die hier nur in Fachsemestern gemessen werden soll, so fällt auf, daß im Fachbereich Medizin die Mehrzahl (83%) der Examinierten nach dem 12., 13. oder 14. Fachsemester das Examen abgelegt hatten. In der Agrarwissenschaft benötigten 81% der Exmatrikulierten 9, 10 oder 11 Fachsemester bis zum erfolgreichen Abschluß des Studiums. In den Rechtswissenschaften hatten 86% der exmatrikulierten Studenten zwischen 9 und 12 Fachsemestern studiert. Dagegen ist die Studiendauer in den Fachbereichen Philosophie und Mathematik/Naturwissenschaften weiter gestreut. In den mathematisch/naturwissenschaftlichen Fächern wiesen zum Zeitpunkt der Exmatrikulation 36% der Auskunftswilligen acht und weniger Fachsemester nach, auf der anderen Seite hatten 15% dieser Studenten 15 und mehr Fachsemester studiert. Nicht ganz so stark ist die Streuung bei den entlassenen Studenten im Fachbereich Philosophie. Hier konnten 23% der Exmatrikulierten bereits mit acht und weniger Fachsemestern die Abschlußprüfung ablegen, während 10% nach dem 15. und höheren Fachsemester das Examen erfolgreich absolvierten. Die in den beiden zuletzt genannten Fachbereichen beobachtete breite Streuung der Studiendauer mag damit zu erklären sein, daß einerseits hier die

Lehrangebote weit gefächert sind, so daß häufig für den Studenten eine Zeit der Orientierung vergeht, und andererseits die angebotenen Spezialisierungen wahrgenommen werden, auch wenn das nicht immer von den Prüfungsordnungen vorgeschrieben wird. Daneben bestehen in vielen Studiengängen unterschiedliche Möglichkeiten eines Abschlusses, die mit unterschiedlichem Studienaufwand angestrebt werden können.

Die Aufbereitung des vorliegenden Zahlenmaterials zeigt, daß der Hochschulwechsel von den Studenten in den einzelnen Fachbereichen nach unterschiedlich vielen abgelegten Semestern vollzogen wird. Danach wechselten die exmatrikulierten Studenten der medizinischen Fakultät im Durchschnitt erst nach 7,1 Hochschulsemestern, die entlassenen Studenten aus dem Fachbereich Rechtswissenschaften nach durchschnittlich 3,7 Hochschulsemestern. Diese Extremwerte können unter Umständen dadurch erklärt werden, daß der Mediziner durch das Physikum am Anfang stärker an den Studienort gebunden ist, sich danach aber freier bewegen kann. Die Organisation des juristischen Studiums kennt kein Vorexamen, auf das der Student sich an einer Hochschule lange vorbereiten muß. Er wird daher, wenn überhaupt, in den ersten Semestern das Jurastudium woanders fortsetzen, das fast an allen Hochschulorten angeboten wird. Gegen Studienende jedoch wird sich der Student der Rechtswissenschaften entscheiden, in welchem Bundesland er Staatsexamen und Referendarzeit ableisten will. Ein Wechsel der Hochschule, vor allem wenn damit ein Wechsel des Bundeslandes verbunden ist, erst in höheren Semestern ist nicht günstig. Die Durchschnittswerte in den anderen Fachbereichen liegen zwischen 3,7 und 7,1 absolvierten Hochschulsemestern. Sie lassen sich ebenfalls mit den beispielhaft genannten Faktoren - Studienangebot an den Hochschulen, Vorbereitungen für die Abschluß- und Zwischenprüfung, Ausbildungsmodalitäten nach dem ersten Staatsexamen - erklären. Auf die Darstellung der durchschnittlichen Fachsemester, die die Studenten zum Zeitpunkt des Hochschulwechsels aufweisen, wird verzichtet, da sie keine zusätzlichen Informationen bringt.

Die vorgelegten Ergebnisse, die sich lediglich auf die Universität Kiel beziehen und für das Studienjahr 1974 gelten, unterliegen - wie bereits erwähnt - weiteren Einschränkungen. Es fanden nur die bis zu einem bestimmten Zeitpunkt abgegebenen Exmatrikulationen Berücksichtigung, und die abgegebenen Absichtserklärungen konnten nicht auf ihre Realisierung überprüft werden. Dennoch läßt sich sagen, daß die meisten

Studenten dann eine Hochschule verlassen, wenn sie das Studium erfolgreich beendet haben, die Hochschule wechseln wollen oder das Studium ohne Abschluß beenden. Weiterhin konnte gezeigt werden, in welcher Weise

die durchschnittliche Zahl der absolvierten Semester an einer Hochschule vom Grund der Exmatrikulation und der Fachbereichszugehörigkeit der betroffenen Studenten abhängt.

Friedrich-Karl Wormeck

Wandel im Wohnbau

Die monatlichen statistischen Erhebungen der Baugenehmigungen sind trotz des Zeitverlustes, der durch den Verwaltungsweg zwischen Erteilung und Meldung der Baugenehmigung an das Statistische Landesamt entsteht, ein guter Indikator für die Konjunktur im Baugewerbe, denn sie vermitteln kurzfristige Erkenntnisse über die künftige Entwicklung im Teilbereich Hochbau. Die Zahlen zeigen, wie inzwischen allgemein bekannt, daß hier insbesondere der Wohnbau innerhalb kürzester Zeit von einer Hochkonjunktur in eine Flaute rutschte. Ausgelöst war diese Bewegung dadurch, daß die Bundesregierung noch im Mai 1973 durch die Aussetzung der Sonderabschreibung nach § 7 b des Einkommensteuergesetzes¹ gegen die zu kräftige Ausweitung des Wohnungsbaues vorging. Diese Maßnahme traf vor allem den Bau von Einfamilienhäusern der privaten Haushalte. Die Wohnungsunternehmen hatten sich ohnehin schon darauf eingestellt, daß die Wohnungsnachfrage infolge der erheblichen Mietverteuerung und der allgemeinen Zurückhaltung der Konsumenten stark rückläufig war. Die Aussetzung der Sonderabschreibung wurde vorzeitig bereits Ende 1973 wieder aufgehoben.

Ein- und Zweifamilienhäuser sind Stabilisierungsfaktor

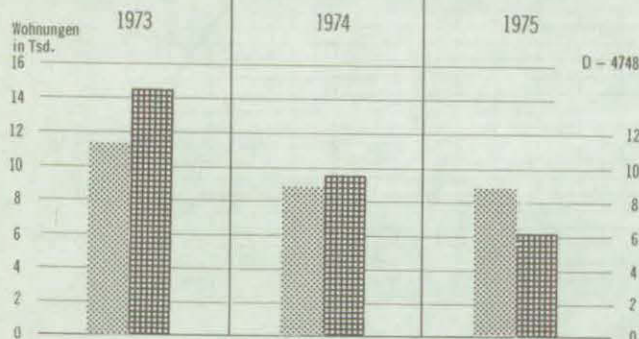
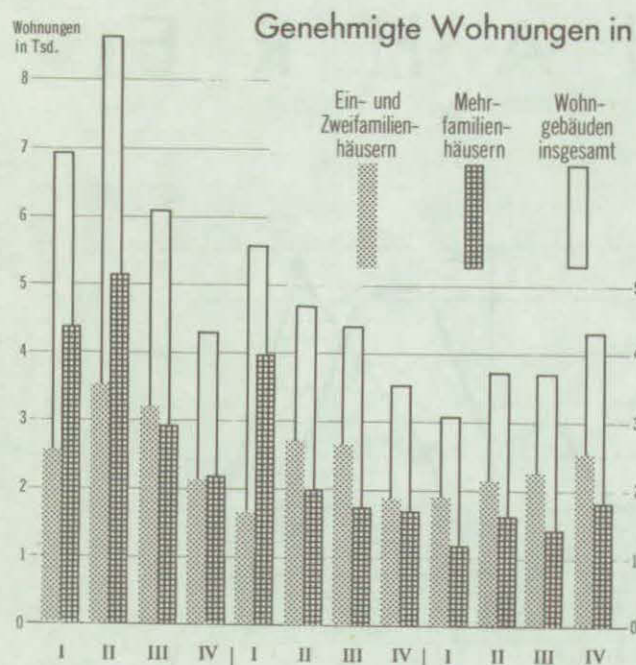
Welcher Wandel sich im einzelnen auf dem schleswig-holsteinischen Wohnungsmarkt vollzogen hat, soll im folgenden an der Entwicklung der Baugenehmigungen zur Errichtung neuer Wohngebäude in den Jahren 1973 bis 1975 dargestellt werden. Das ganze Ausmaß des Rückgangs der Baugenehmigungen wird daran deutlich, daß den rund 25 900 genehmigten Wohnungen im Jahre 1973 nur noch etwa 18 200 im Jahre 1974 und gar nur etwa 14 800 im Jahre 1975 gegenüberstehen. Dabei kann das Ergebnis für 1973 als normal bezeichnet werden, denn es entspricht fast genau dem Durchschnitt der Jahre 1961 bis 1970 mit 26 100 genehmigten Wohnungen (bei dieser Betrachtung wurden die extrem guten Ergeb-

nisse der Jahre 1971 bis 1972 mit jeweils über 32 000 genehmigten Wohnungen ausklammert). Danach ist es doch bemerkenswert, daß das Genehmigungsvolumen 1974 nur 70% und das des Jahres 1975 sogar nur 57% des Volumens von 1973 erreichte.

Weitere Aufschlüsse über die Entwicklung der Baugenehmigungen für Wohnungen über den Jahresvergleich hinaus gibt die Darstellung von Quartalsergebnissen im Bild. Daraus ist deutlich abzulesen, daß der Abschwung im 3. Quartal 1973 einsetzte. Die Auswirkung der Aussetzung der Sonderabschreibung nach § 7 b des Einkommensteuergesetzes macht sich unmittelbar bemerkbar. Andererseits ist auch ihre Wiedereinsetzung mit Beginn des Jahres 1974 an der nicht unerheblichen Steigerung des 1. Quartals 1974 gegenüber dem 4. Quartal 1973 abzulesen, wenn auch das Niveau wesentlich niedriger ist als im 2. Quartal 1973. Der allgemeine Nachfrage-rückgang auf dem Wohnungsbaumarkt dürfte damit vor allem auf die erheblichen Mietverteuerungen zurückzuführen sein. Vom 1. Quartal 1974 bis zum 1. Quartal 1975 ist die Nachfrage nahezu stetig von 5 594 Wohnungen im 1. Quartal 1974 über 4 401 im 3. Quartal 1974 auf nur 3 064 im 1. Quartal 1975 zurückgegangen. Mit diesem Quartals-ergebnis wurde der bisherige absolute Tiefpunkt im Wohnungsbau seit Einführung der Statistik im Jahre 1950 in Schleswig-Holstein erreicht. Vom 2. Quartal 1975 an ist zwar wieder eine leicht steigende Tendenz festzustellen, doch auch im 4. Quartal 1975 ist mit 4 323 genehmigten Wohnungen erst ein relativ niedriges Niveau erreicht.

Mit diesem allgemeinen Rückgang im Wohnbau hat sich ein gewisser Strukturwandel vollzogen, wenn man als "Struktur" hier einmal die Zusammensetzung der Wohnungen aus solchen in Ein- und Zweifamilienhäusern und solchen in Mehrfamilienhäusern sieht. Welches Ausmaß dieser Wandel angenommen hat, kann man bereits daran ablesen, daß bei den Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern 1975 immerhin noch 78% des Genehmigungsvolumens von 1973 erreicht wurden gegenüber nur 41% bei den Wohnungen in Mehrfamilienhäusern. Machten die genehmigten Wohnungen

¹) nach Artikel 1 des Steueränderungsgesetzes 1973 vom 26. 6. 1973, BGBl. I, S. 676



in Mehrfamilienhäusern 1973 noch 56%, also über die Hälfte aller genehmigten Wohnungen aus, so sank dieser Anteilswert über 52% im Jahre 1974 auf 41%, also auf wesentlich weniger als die Hälfte, im Jahre 1975. Zur weiteren Verdeutlichung sei noch angeführt, daß der Anteil der Wohnungen in Mehrfamilienhäusern an den Wohnungen insgesamt 1972 und 1971 mit 64% und 65% fast zwei Drittel betrug.

Nach den Quartalsergebnissen war dieser Strukturwandel bereits im 3. Quartal 1973 festzustellen, als die Zahl der genehmigten Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern die der Wohnungen in Mehrfamilienhäusern erstmals übertraf. Das ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Wohnungsunternehmen wesentlich stärker auf die Aussetzung der Sonderabschreibung nach § 7b des Einkommensteuergesetzes reagiert haben als die privaten Haushalte, denn die Zahl der genehmigten Wohnungen verringerte sich im 3. Quartal 1973 gegenüber dem 2. Quartal 1973 bei den Mehrfamilienhäusern um 43%, bei den Ein- und Zweifamilienhäusern dagegen nur um 9%. Bauanträge für Mehrfamilienhäuser durften

während der Zeit der Aussetzung der Sonderabschreibung stärker zurückgehalten worden sein als Bauanträge für Ein- und Zweifamilienhäuser, denn die Zahl der genehmigten Wohnungen in Mehrfamilienhäusern erhöhte sich mit Wiedereinsetzung der Sonderabschreibung im 1. Quartal 1974 gegenüber dem 4. Quartal 1973 immerhin um 83%, während sich die Zahl der genehmigten Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern um 23% verringerte. Die hohe Zahl von genehmigten Wohnungen in Mehrfamilienhäusern Anfang 1974 ist aber seitdem eine Ausnahme geblieben. Vom 2. Quartal 1974 an war die Zahl der genehmigten Wohnungen in Mehrfamilienhäusern immer geringer als die in Ein- und Zweifamilienhäusern. Der Wohnbau wird nunmehr ganz entschieden von den Bauanträgen für Ein- und Zweifamilienhäuser gestützt.

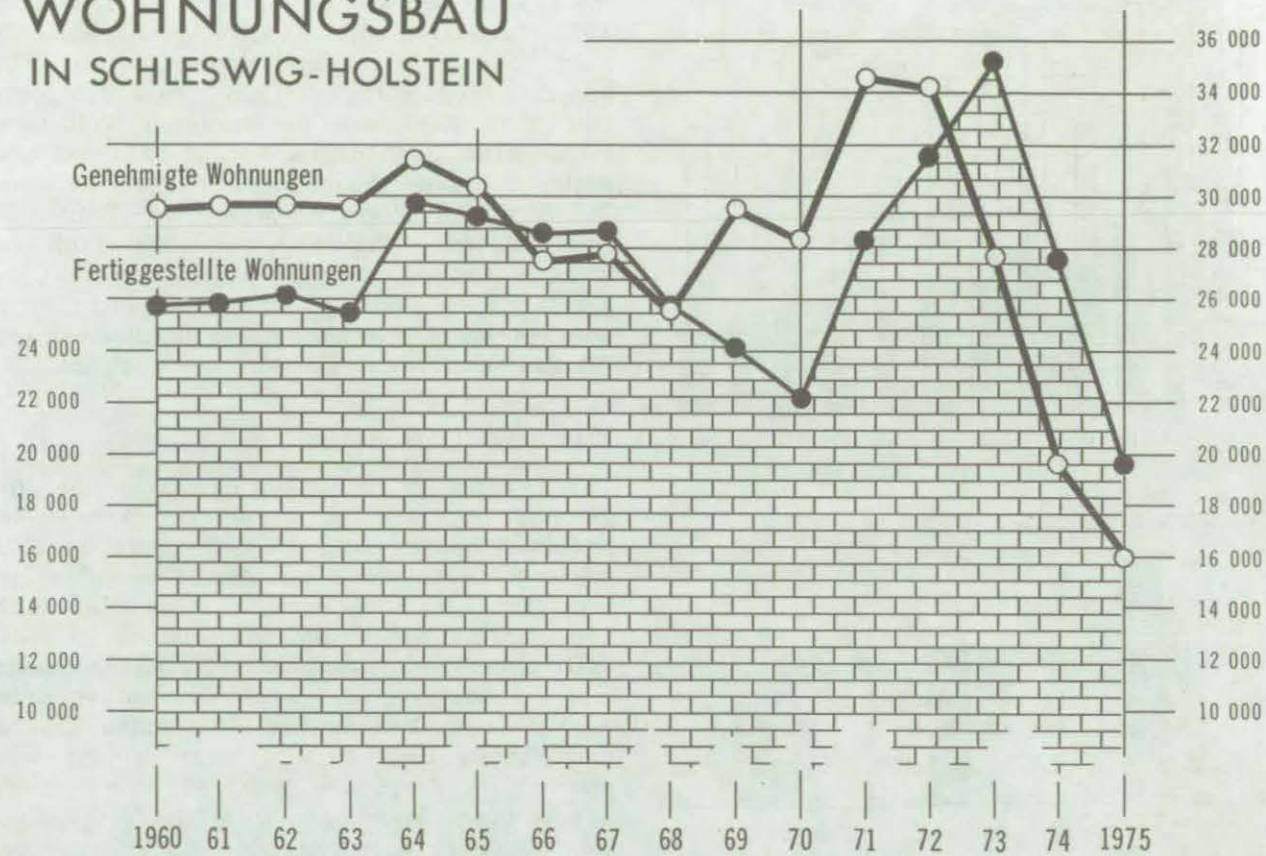
Tiefpunkt im Wohnbau

1975 wurden in Schleswig-Holstein nur insgesamt 15 991 Wohnungen in Wohn- und Nichtwohnbauten zum Bau freigegeben. Zur weiteren Verdeutlichung des Ausmaßes der Baukrise sei noch erwähnt, daß die 19 612 genehmigten Wohnungen des Jahres 1974 das drittschlechteste Ergebnis seit 1950 bedeuten, und im übrigen, daß sich Ergebnisse unter 25 000 Wohnungen nur vor 1958 finden. Obwohl das Niveau 1974 bereits sehr niedrig war, wurden im Vergleich dazu 1975 noch einmal 18% weniger Wohnungen zum Bau freigegeben. Gegenüber 1973 beträgt der Rückgang sogar 42%. Dabei entspricht das Ergebnis des Jahres 1973 fast genau dem Durchschnitt der letzten zwanzig Jahre.

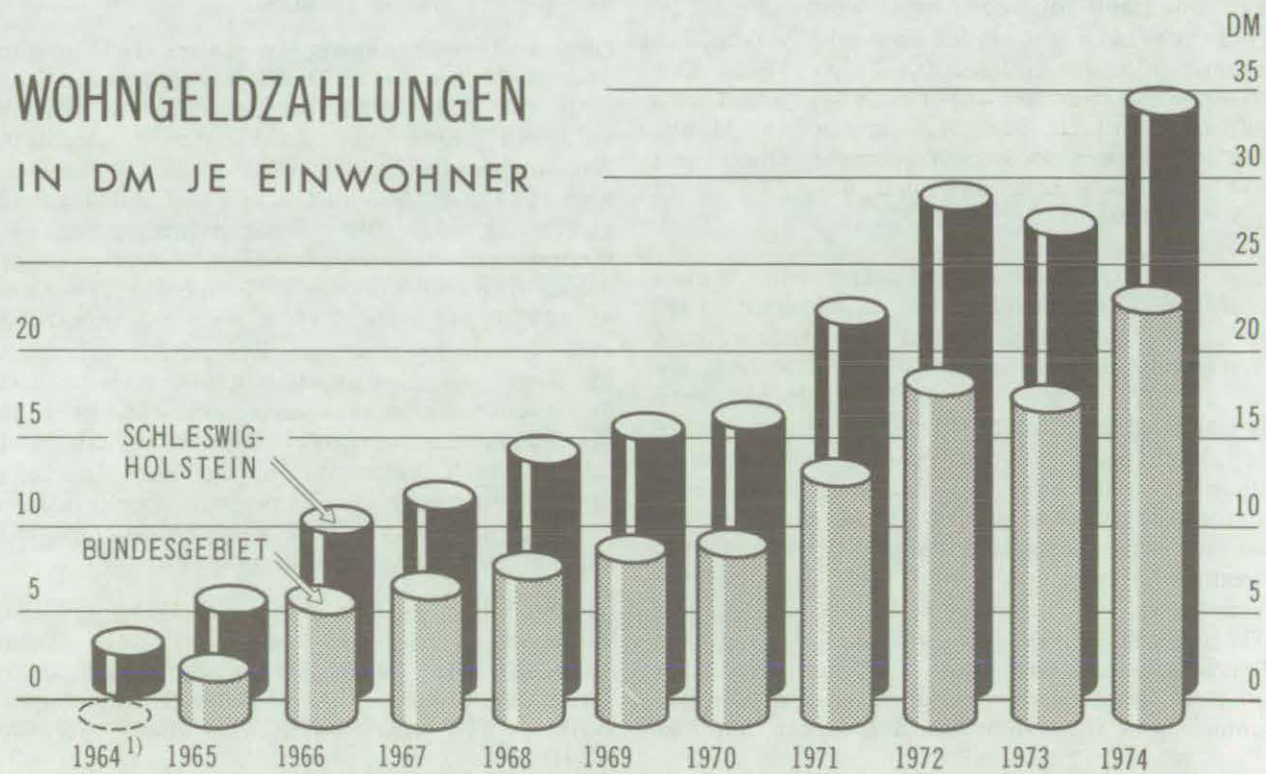
Der weitere Rückgang im Jahre 1975 gegenüber 1974 ist ausschließlich auf die Entwicklung bei den Mehrfamilienhäusern zurückzuführen, denn die Zahl der genehmigten Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern war 1974 und 1975 mit 8 843 und 8 831 nahezu gleich groß. Die Baugenehmigungen für Wohnungen in Mehrfamilienhäusern gingen dagegen nochmals um 36% zurück, nachdem sie 1974 gegenüber 1973 schon einmal um 36% gesunken waren. Bei den Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern war 1974 das Genehmigungsvolumen um 22% geringer als 1973. Im Vergleich von 1975 mit 1973 ist demnach festzustellen, daß die Nachfrage nach Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern sich wesentlich weniger abschwächte als bei den Mehrfamilienhäusern.

Im Wohnbau sollten nach den 1975 erteilten Genehmigungen 8 647 neu errichtete Wohngebäude mit 14 845 Wohnungen und durch Baumaßnahmen an bestehenden Wohngebäuden weitere 813 Wohnungen entstehen. Von den

WOHNUNGSBAU IN SCHLESWIG-HOLSTEIN



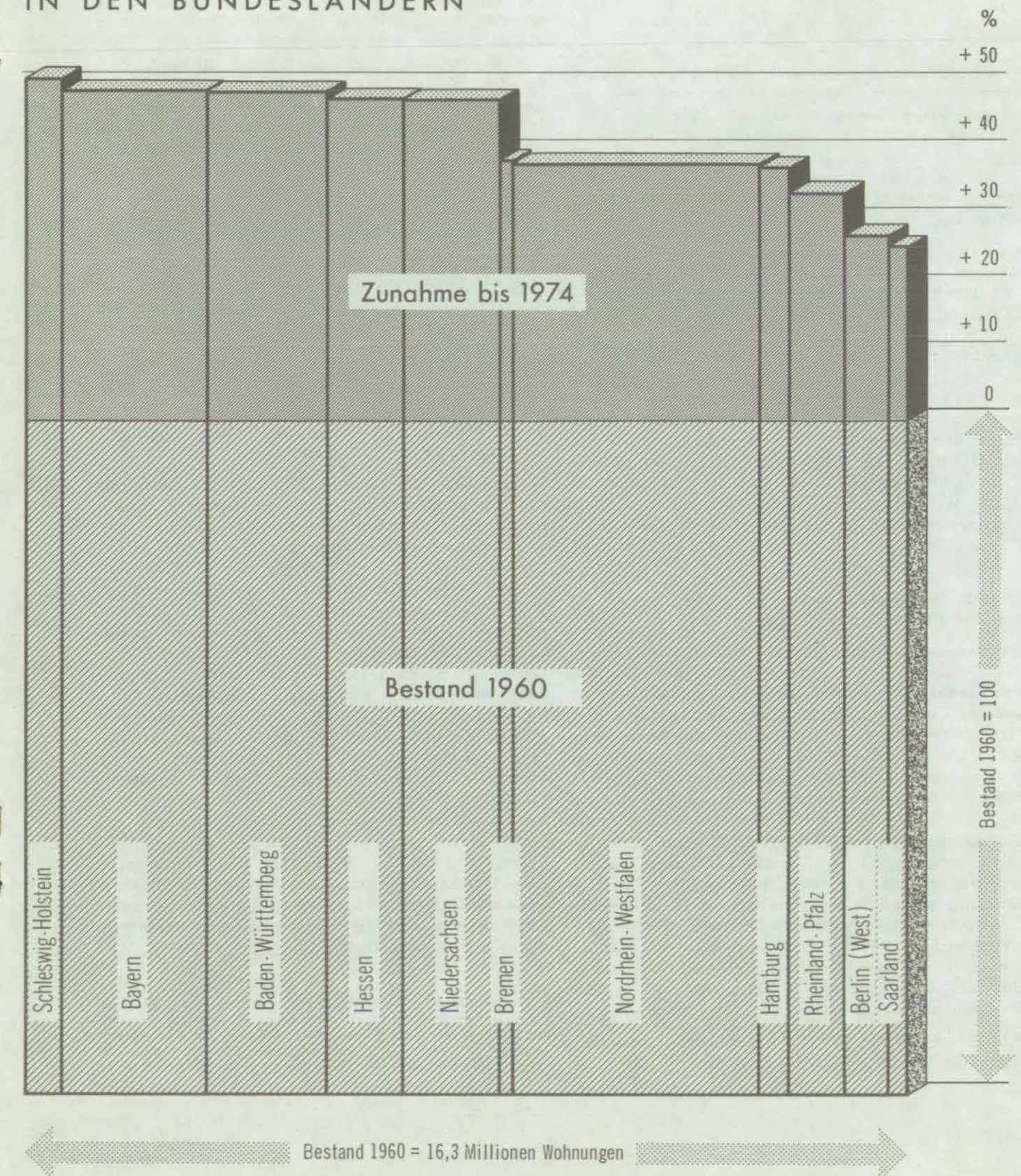
WOHNGELDZAHLUNGEN IN DM JE EINWOHNER



1) vom 1. 11. 1963 bis zum 31. 12. 1964; Bundesgebiet: keine Angabe

GRAFIK DES MONATS MÄRZ 1976

WOHNUNGSBESTAND IN DEN BUNDESLÄNDERN



Genehmigte Wohngebäude

Gebäudeart	1973	1974	1975	Veränderung 1975 gegenüber 1974 1973	
				%	
Einfamilienhäuser	9 141	7 321	7 453	+ 2	- 18
Zweifamilienhäuser	1 095	761	689	- 9	- 37
Mehrfamilienhäuser	1 112	658	505	- 23	- 55
darin Wohnungen	14 597	9 394	6 014	- 36	- 59
Wohngebäude insgesamt	11 348	8 740	8 647	- 7	- 24
darin Wohnungen	25 928	18 237	14 845	- 19	- 43

Wohngebäuden sind 7 453 oder 86% Einfamilienhäuser. Weitere 689 Gebäude sind Zweifamilienhäuser, und an Mehrfamilienhäusern verbleiben dann nur noch 505 oder 6%. Auf die Ein- und Zweifamilienhäuser entfallen 8 831 Wohnungen oder 59% und auf die Mehrfamilienhäuser 6 014 Wohnungen oder 41%.

Die 1975 zum Bau freigegebenen Einfamilienhäuser sollen durchschnittlich 5,4 Räume und 117 m² Wohnfläche umfassen. Bei den Zweifamilienhäusern sind die entsprechenden Werte mit durchschnittlich 4,4 Räumen und 92 m² Wohnfläche je Wohnung bereits wesentlich geringer, was vor allem darauf zurückgeht, daß die zweite Wohnung in vielen Fällen nur eine Einliegerwohnung ist. Deshalb wird hier die Durchschnittsrechnung einem Vergleich nicht ganz gerecht. Auf die Mehrfamilienhäuser verteilen sich im Durchschnitt 11,9 Wohnungen. Diese Wohnungen haben durchschnittlich 3,5 Räume und 68 m² Wohnfläche.

Einfamilienhäuser kosten im Durchschnitt 134 000 DM

Für einen Kostenvergleich zwischen den Ein-, Zwei- und Mehrfamilienhäusern können die veranschlagten reinen Baukosten herangezogen werden. Nicht darin enthalten sind die Grundstückskosten, die Baunebenkosten wie Architektengebühren, die Erwerbskosten, die Kosten der Außenanlagen und die Erschließungskosten. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß es sich um die zum Zeitpunkt der Baugenehmigung kalkulierten Kosten handelt, Preiserhöhungen und weitere Kosten durch Zusatzarbeiten bis zum Zeitpunkt der Fertigstellung also nicht enthalten sind. Für die "veranschlagten reinen Baukosten" die geeignete Bezugsgröße zu finden, ist sehr schwierig. Trotzdem sollen hier unter allen Vorbehalten der umbaute Raum, die Wohnfläche und die Wohnungszahl dazu verwendet werden.

Als Bezugsgröße dürfte am besten noch der umbaute Raum geeignet sein. Bemerkenswert

bei diesem Vergleich der einzelnen Gebäudearten ist, daß sich keine nennenswerten Unterschiede ergeben. Die Einfamilienhäuser kosten je Kubikmeter umbauten Raumes 194 DM, die Zweifamilienhäuser 192 DM und die Mehrfamilienhäuser 189 DM. Für alle Gebäudearten zusammen ergibt sich ein Durchschnitt von 193 DM gegenüber 184 DM im Jahre 1974. Das entspricht einer Preissteigerung von 4,5%.

Da Gebäude bereits als Wohngebäude gezählt werden, wenn sie nur zur Hälfte Wohnzwecken dienen, kann die Wohnfläche nur mit Einschränkung als Bezugsgröße dienen. Ein Quadratmeter Wohnfläche kostete im Durchschnitt in einem Einfamilienhaus 1 142 DM, in einem Zweifamilienhaus 1 066 DM und in einem Mehrfamilienhaus 948 DM. Im Durchschnitt wurde also für einen Quadratmeter Wohnfläche in einem Zweifamilienhaus 7% und in einem Mehrfamilienhaus 17% weniger reine Baukosten veranschlagt als in einem Einfamilienhaus.

Bezieht man in diesen Kostenvergleich die Nutzfläche² mit ein, dann ergeben sich für die einzelnen Gebäudearten folgende Kosten je Quadratmeter Fläche insgesamt: Einfamilienhaus 1 062 DM, Zweifamilienhaus 983 DM und Mehrfamilienhaus 896 DM. Auch bei diesem Kostenvergleich bleiben die Unterschiede zwischen den einzelnen Gebäudearten nahezu gleich.

Wesentlich stärker eingeschränkt ist natürlich ein Vergleich der Kosten je Wohnung, weil hier die Unterschiede in der Größe der Wohnungen unberücksichtigt bleiben. Trotzdem kann gesagt werden, daß für die 1975 genehmigten Einfamilienhäuser im Durchschnitt 134 000 DM als reine Baukosten veranschlagt wurden. Für ein Zweifamilienhaus wurden 196 000 DM kalkuliert, also 98 000 DM je Wohnung. Hierbei ist aber zu berücksichtigen, daß, wie oben erwähnt, in Zweifamilienhäusern häufig kleine Einliegerwohnungen gebaut werden. Eine Wohnung in einem Mehrfamilienhaus sollte im Durchschnitt etwa 65 000 DM kosten. Bei diesen Kostenvergleichen ist neben den bereits erwähnten Einschränkungen zu berücksichtigen, daß in diese Durchschnittsberechnung Gebäude eingehen, die sich in Konstruktion, Ausführung und Ausstattung zum Teil erheblich unterscheiden. Bei der hier gegebenen großen Zahl lassen sich aber derartige Berechnungen durchaus rechtfertigen.

2) Zur Nutzfläche in Wohngebäuden zählen die Räume außerhalb von Wohnungen, die nach dem Bauplan für Nichtwohnzwecke bestimmt sind (z. B. Läden, Werkstätten, Büros). Die in Wohngebäuden üblicherweise vorgesehenen Boden- und Kellerräume sowie die Grundflächen von Treppen innerhalb abgeschlossener Wohnungen werden nicht mitgezählt.

Über die Hälfte der Bauherren sind private Haushalte

Es wurde bereits erwähnt, daß der Wohnbau ganz entscheidend von den Bauanträgen für Ein- und Zweifamilienhäuser gestützt wird. Da aber diese Gebäudearten im wesentlichen von privaten Haushalten gebaut werden, ist zur Zeit der fast ungebrochene Bauwille der privaten Haushalte ein wesentlicher Faktor für die Entwicklung auf dem Baumarkt. 1975 entfallen 55% der genehmigten Wohnungen in neuen Wohngebäuden auf die privaten Haushalte. Damit hat sich die Bedeutung der privaten Haushalte für den Wohnbau in den letzten Jahren ständig verstärkt, denn der Anteilswert betrug 1971 noch 40% und stieg in den folgenden Jahren über 43%, 44% und 47% auf die obigen 55% im Jahre 1975. Mit einem erheblich geringeren Anteil von 19% folgen die gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen. Zusammen mit den sonstigen Wohnungsunternehmen kommen die Wohnungsunternehmen insgesamt auf einen Anteil von 29%. 1974 waren die Wohnungsunternehmen bei der Errichtung neuer Wohngebäude noch zu 38% an den genehmigten Wohnungen beteiligt. Auf andere Unternehmen außer Wohnungsunternehmen entfallen 1975 weitere 15%. Die öffentlichen Bauherren sind im Wohnbau mit einem Anteil von 1% von untergeordneter Bedeutung.

Aus der Verschiebung der Gewichte der einzelnen Bauherrngruppen wird bereits deutlich, daß die Entwicklung gegenüber 1974 unterschiedlich gewesen sein muß. Halten wir noch einmal fest, daß 1975 durch die Bauanträge zur Errichtung neuer Wohngebäude im ganzen 19% weniger Wohnungen genehmigt wurden als 1974. Dagegen belief sich der Rückgang bei den privaten Haushalten nur auf 5% und bei den anderen Unternehmen

Genehmigte Wohnungen in Wohngebäuden nach Bauherrngruppen

Bauherr	1974	1975	Veränderung 1975 gegenüber 1974 %	Anteile in %	
				1974	1975
Private Haushalte	8 648	8 210	- 5	47,4	55,3
Wohnungsunternehmen	6 971	4 234	- 39	38,2	28,5
Sonstige Unternehmen	2 328	2 180	- 6	12,8	14,7
Öffentliche Bauherren	290	221	- 24	1,6	1,5

außer Wohnungsunternehmen auf 6%. Demgegenüber steht eine negative Veränderungsrate von 39% bei den Wohnungsunternehmen.

Im Nichtwohnbau steigende Tendenz

Im Gegensatz zur Entwicklung im Wohnbau ist die Nachfrage nach Nichtwohnbauten wie gewerblichen und landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden gestiegen. 1975 wurde die Errichtung von 2 175 neuen Nichtwohngebäuden genehmigt. Das sind immerhin 351 oder 19% mehr Gebäude als 1974. Der umbaute Raum erhöhte sich um 21% auf 8,3 Mill. m³ und die Nutzfläche um 17% auf 1,5 Mill. m². Die veranschlagten reinen Baukosten belaufen sich auf 1,1 Mrd. DM gegenüber 0,9 Mrd. DM im Jahre 1974, was einer Steigerung von 23% entspricht.

Von größter Bedeutung für den Nichtwohnbau sind nach dem umbauten Raum die gewerblichen Betriebsgebäude mit einem Anteil von 47%. Aber auch zahlenmäßig sind sie mit 805 oder 37% die bedeutendste Gebäudeart. Zu den gewerblichen Betriebsgebäuden gehören unter anderem Fabrik-, Werkstatt- und Lagergebäude, Warenhäuser und Hotels. Von

Genehmigte Nichtwohngebäude 1975

Gebäudeart Bauherr	Anzahl	Umbauter Raum		Veranschlagte reine Baukosten		Veranschlagte reine Baukosten je m ³ umbauten Raumes DM
		1 000 m ³	Anteil %	Mill. DM	Anteil %	
Anstaltsgebäude	64	433	5	118,3	11	273
Bürogebäude	122	645	8	143,2	13	222
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude	787	1 410	17	77,1	7	55
Gewerbliche Betriebsgebäude	805	3 860	47	378,7	34	98
Schulgebäude	45	569	7	126,2	11	222
Sonstige Nichtwohngebäude	352	1 357	16	280,2	25	206
Nichtwohngebäude insgesamt	2 175	8 273	100	1 123,7	100	136
Unternehmen und freie Berufe	1 732	5 870	71	607,6	54	104
Öffentliche Bauherren	363	2 256	27	498,8	44	221
Private Haushalte	80	146	2	17,3	2	118

der Zahl her kommen ihnen die landwirtschaftlichen Betriebsgebäude wie Ställe, Scheunen, Silos, Gewächs- und Treibhäuser mit 787 oder 36% sehr nahe. Allerdings weisen die landwirtschaftlichen Betriebsgebäude im Durchschnitt wesentlich geringere Ausmaße auf und kommen nur auf einen Anteil von 17% am umbauten Raum. Etwa das gleiche Gewicht mit einem Anteil von 16% am umbauten Raum haben die in einer Restgruppe zusammengefaßten, sehr unterschiedlichen sonstigen Nichtwohngebäude, zu denen neben Kirchen, Museen und Theatern auch Schwimm- und Turnhallen, Garagen der privaten Haushalte sowie Hochbauten der Bundeswehr gehören. In der weiteren Rangfolge nach ihrem Anteil am umbauten Raum folgen die Bürogebäude mit 8%, die Schulgebäude mit 7% und die Anstaltsgebäude mit 5%.

Mißt man dagegen die Bedeutung der einzelnen Gebäudearten an den für die Bauwirtschaft sicherlich gewichtigeren veranschlagten reinen Baukosten, dann ergibt sich ein anderes Bild. Es bleibt allerdings auch bei dieser Betrachtungsweise dabei, daß die gewerblichen Betriebsgebäude von der größten Bedeutung sind, denn sie kommen auf einen Anteil von 34% aller Gebäudearten. Wesentlich stärker an Gewicht gewinnen hiernach aber die sonstigen Nichtwohngebäude mit einem Anteil von 25%. Auch die Büro-, Schul- und Anstaltsgebäude verbessern ihre Position mit Anteilen an den insgesamt veranschlagten reinen Baukosten von 13% bei den Bürogebäuden und jeweils 11% bei den Schul- und Anstaltsgebäuden. Nur noch von geringer Bedeutung sind unter dem Gesichtspunkt der Baukosten die landwirtschaftlichen Betriebsgebäude mit einem Anteil von 7%.

Bei einem Kostenvergleich zwischen den einzelnen Gebäudearten ist im Nichtwohnbau noch mehr als im Wohnbau zu berücksichtigen, daß schon durch den sehr unterschiedlichen Verwendungszweck der Gebäude die Konstruktionen und Ausstattungen stark voneinander abweichen. Hinzu kommt, daß auch noch innerhalb der einzelnen Gebäudearten - insbesondere bei den landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden und den sonstigen Nichtwohngebäuden - sehr verschiedenartige Gebäude zusammengefaßt werden. Trotzdem werden andererseits gerade über die veranschlagten reinen Baukosten je Kubikmeter umbauten Raumes diese Unterschiede in Konstruktion und Ausstattung zwischen den einzelnen Gebäudearten im Nichtwohnbau sichtbar.

Die teuersten Objekte sind danach die Anstaltsgebäude wie Krankenhäuser, Kinder- und

Altenheime mit veranschlagten reinen Baukosten von 273 DM je Kubikmeter umbauten Raumes. Es folgen mit jeweils 222 DM die Bürogebäude und die Schulgebäude. Auch die sonstigen Nichtwohngebäude gehören mit 206 DM Kosten im Durchschnitt für einen Kubikmeter umbauten Raum noch zu den teuren Gebäudearten. Wesentlich niedriger sind dagegen die entsprechenden Kostenwerte bei den gewerblichen Betriebsgebäuden mit 98 DM und bei den landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden mit 55 DM.

Unternehmer steigerten stärker als öffentliche Hand

Die positive Entwicklung in Nichtwohnbau ist vor allem auf die gesteigerte Nachfrage von Unternehmen und freien Berufen zurückzuführen. 1975 wurden aufgrund der Bauanträge von Unternehmern 334 oder 24% mehr Nichtwohngebäude zum Bau freigegeben als 1974. Gleichzeitig erhöhten sich der umbaute Raum um 25% und die veranschlagten reinen Baukosten um 28%. Aus diesen hohen Zuwachsraten kann durchaus eine Verbesserung der Absatz- und Gewinnerwartungen abgelesen werden. Für die öffentliche Hand wurden 1975 dagegen 14 Gebäude weniger (- 4%) zum Bau freigegeben als 1974. Trotzdem hat sich das Genehmigungsvolumen auch durch die öffentlichen Bauherren beim umbauten Raum um 14% und bei den veranschlagten reinen Baukosten um 17% erhöht.

Durch die unterschiedlichen Zuwachsraten hat sich das Gewicht dieser beiden Bauherrengruppen im Nichtwohnbau leicht zugunsten der Unternehmen und freien Berufe verschoben. Bemerkenswert hierbei ist, daß die Unternehmer an dem 1975 genehmigten umbauten Raum zu 71% und die öffentliche Hand nur zu 27% beteiligt sind, während von den veranschlagten reinen Baukosten nur gut die Hälfte (54%) auf die Unternehmer und fast die Hälfte (44%) auf die öffentlichen Bauherren entfallen. Daraus ergibt sich, daß die Bauten der öffentlichen Hand im Durchschnitt teurer sind als die der Unternehmer. Tatsächlich soll im Durchschnitt ein Kubikmeter von sämtlichen Objekten der öffentlichen Bauherren 221 DM kosten, während sich für die Objekte der Unternehmen und freien Berufe nur ein Durchschnittswert von 104 DM ergibt. Das liegt natürlich an der unterschiedlichen Zweckbestimmung der Objekte dieser beiden Bauherrengruppen.

Peter Möller

Nähere Angaben siehe Stat. Berichte F II 1. Vergleiche auch: "Bau-tätigkeit und Baugenehmigungen 1972" in dieser Zeitschrift 1973, S. 149 (Juli)

Die Millionenvermögen der natürlichen Personen in Schleswig-Holstein

Ergebnis der Vermögensteuerstatistik 1972

Die Zahl der in Schleswig-Holstein wohnenden Vermögensmillionäre hat sich in der Zeit von Anfang 1969 bis Anfang 1972 um gut ein Fünftel erhöht. Nach einer vorläufigen Teilauswertung der Vermögensteuerhauptveranlagung zum 1. 1. 1972 wurden 633 unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen ermittelt, deren Gesamtvermögen (das ist das um die Schulden und sonstigen Abzüge verringerte Rohvermögen) jeweils eine Million DM und mehr betrug. Drei Jahre zuvor zählten nur 523 Personen zu den großen Vermögensbesitzern. Innerhalb der drei Jahre sind also mindestens 110 Steuerpflichtige neu in den Kreis der Millionäre hineingewachsen. Das Rohvermögen stieg ebenfalls um gut ein Fünftel von 1,7 Mrd. DM auf 2,1 Mrd. DM (+ 21%); die Schulden und sonstigen Abzüge nahmen sogar überproportional um 46% zu. Die großen Vermögen waren damit 1972 stärker verschuldet als 1969, und zwar erhöhte sich der Anteil der Schulden am Rohvermögen

um 2,6 Prozentpunkte auf 14,8%, was einer Verschuldungsquote von etwa einem Siebentel entspricht. Das Gesamtvermögen und die Steuerschuld wuchsen infolgedessen nicht so kräftig wie das Rohvermögen. Beide Beträge nahmen im Verlaufe der drei Jahre nur um je 18% zu. Unter steuerlichen Aspekten betrachtet hat sich also die Vermögenslage der Millionäre nach 1969, wenn auch nicht erheblich, so doch spürbar verschlechtert. Außerdem unterlagen vier Millionäre, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt außerhalb der Bundesrepublik Deutschland hatten, der beschränkten Vermögensteuerpflicht. Ihr Rohvermögen belief sich auf knapp 9 Mill. DM. Es bestand ausschließlich aus Betriebsvermögen. Auf die beschränkt Steuerpflichtigen wird im folgenden nicht weiter eingegangen. Die nachstehenden Ergebnisse dieser Veröffentlichung beziehen sich also stets auf die unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen.

Die Vermögensmillionäre 1969 und 1972 und die Zusammensetzung ihres Rohvermögens
unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen mit einem Gesamtvermögen von 1 Mill. DM und mehr

	1. 1. 1969			1. 1. 1972 (vorläufiges Ergebnis)			Veränderung des Betrages in %
	Fälle	Betrag		Fälle	Betrag		
	Steuer- pflichtige	Mill. DM	%	Steuer- pflichtige	Mill. DM	%	
Land- und forstwirtschaftliches Vermögen	144	33	2,0	171	21	1,0	- 36,0
Grundvermögen	464	68	4,0	553	79	3,8	+ 16,8
Betriebsvermögen (Reinvermögen)	406	729	42,8	484	866	42,0	+ 18,7
Sonstiges Vermögen	519	874	51,3	623	1 101	53,4	+ 26,0
Rohvermögen	523	1 702 ^a	100	633	2 063 ^a	100	+ 21,2
Schulden und sonstige Abzüge	506	208	12,2	622	305	14,8	+ 46,2
Gesamtvermögen	523	1 494	87,8	633	1 758	85,2	+ 17,7
Freibeträge nach § 5 VStG	1 443	29	1,7	1 728	35	1,7	+ 19,8
Steuerpflichtiges Vermögen	523	1 465	86,0	633	1 723	83,5	+ 17,7
Steuerschuld	523	14,5		633	17,1		+ 18,0

a) abzüglich Minusbeträge beim Betriebsvermögen, nämlich 1969 = 2 066 000 DM (13 Fälle)
1972 = 4 532 000 DM (23 Fälle)

Das Ergebnis der Statistik kann nur richtig eingeschätzt werden, wenn man die Besonderheiten der steuerlichen Bewertungspraxis berücksichtigt. Die allgemeine Bewertungsregel des Steuerrechts, wonach der sogenannte "gemeine Wert"¹ anzusetzen ist, ist durch

1) vergl. § 9 (2) BewG: "Der gemeine Wert wird durch den Preis bestimmt, der im gewöhnlichen Geschäftsverkehr nach der Beschaffenheit des Wirtschaftsgutes bei einer Veräußerung zu erzielen wäre ..."

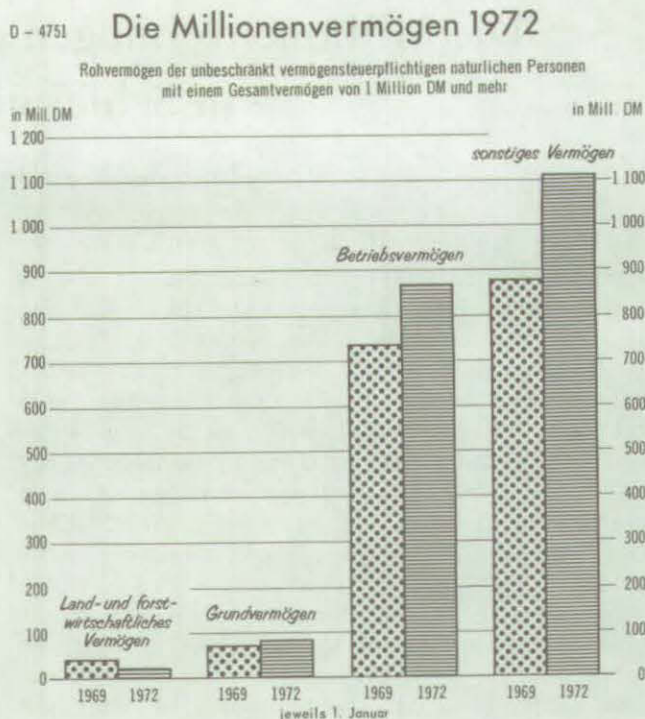
zahlreiche Ausnahmen im Bewertungsgesetz und in anderen Steuergesetzen durchbrochen. Vom gemeinen Wert weichen insbesondere die speziellen Bewertungsvorschriften für den Grundbesitz ab, die auch im Rahmen der Vermögensteuerhauptveranlagung auf den 1. 1. 1972 noch den Ansatz der auf den Wertverhältnissen von 1935 ermittelten Einheitswerte vorsehen. Es bedarf keiner näheren

Erläuterung, daß diese seit fast 40 Jahren eingefrorenen Werte weit unter, denen des gemeinen Werts liegen und daher mit den Ansätzen für das Betriebsvermögen und das sonstige Vermögen, die zeitnah bewertet werden, nicht zu vergleichen sind.

Sonstiges Vermögen weiterhin ausschlaggebend

Das Vermögen der Millionäre setzt sich am häufigsten aus drei der vier verschiedenen Vermögensarten zusammen, die das Bewertungsrecht unterscheidet. Hierbei ist die Kombination von "sonstigem Vermögen" mit "Grundvermögen" und "Betriebsvermögen" der Regelfall. Wertmäßig wie auch nach der Zahl der Fälle kommt dem sonstigen Vermögen die größte Bedeutung zu. 98,4% der großen Vermögensbesitzer gaben in ihren Vermögenserklärungen an, über Anteile an Kapitalgesellschaften, festverzinsliche Wertpapiere, Sparguthaben, andere Kapitalforderungen oder Zahlungsmittel zu verfügen, womit der Begriff "sonstiges Vermögen" umschrieben ist. Wertmäßig machte diese Vermögensart am 1.1.1972 1,1 Mrd. DM aus, das sind 53% des gesamten Rohvermögens.

Es folgen nach der Zahl der Fälle das Grundvermögen und das Betriebsvermögen, das 87% und 76% der Millionäre in ihren Vermögenserklärungen auswiesen. Wertmäßig hat neben dem sonstigen Vermögen nur noch das Betriebsvermögen Bedeutung. Dagegen wird das Gewicht des Grundvermögens und des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens infolge der erwähnten Bewertungsvorschriften immer geringer. Beim land- und forstwirtschaftlichen Vermögen hat sich sogar der absolute Betrag des Vermögenswerts im Laufe von drei Jahren um 12 Mill. DM auf 21 Mill. DM verringert. Der Anteil am Rohvermögen, der auf Grundbesitz zurückgeht, beträgt somit nur noch knapp 5%.



Der Katalog der durch die Statistik erfaßten Erhebungsmerkmale ist 1972 um die Art der Erwerbstätigkeit der Steuerpflichtigen erweitert worden. Hierzu hatten alle Veran-

Nur wenige Millionäre nicht erwerbstätig

Der Katalog der durch die Statistik erfaßten Erhebungsmerkmale ist 1972 um die Art der Erwerbstätigkeit der Steuerpflichtigen erweitert worden. Hierzu hatten alle Veran-

Die Vermögensmillionäre 1972 nach der Art der Erwerbstätigkeit
nur unbeschränkt Steuerpflichtige; vorläufiges Ergebnis

Art der Erwerbstätigkeit	Zahl der Steuerpflichtigen	Gesamtvermögen		Steuerschuld	
		insgesamt	je Steuerpflichtigen	insgesamt	je Steuerpflichtigen
		1 000 DM	1 000 DM	1 000 DM	DM
Selbständige	480	1 297 623	2 703	12 599	26 248
davon					
Land- und Forstwirte	51	161 059	3 158	1 554	30 471
Gewerbetreibende	393	1 034 248	2 632	10 047	25 565
freiberuflich Tätige	27	66 866	2 477	649	24 037
sonstige Selbständige	9	35 449	3 939	349	38 778
Nichtselbständige	58	263 004	4 535	2 575	44 397
davon					
Angestellte	41	231 113	5 637	2 270	55 366
Beamte	10	17 849	1 785	170	17 000
sonstige Nichtselbständige	7	14 043	2 006	134	19 193
Nichterwerbstätige	95	197 744	2 082	1 927	20 284
davon					
Rentner, Pensionäre oder dergleichen	50	111 474	2 229	1 087	21 740
sonstige Nichterwerbstätige	45	86 270	1 917	840	18 667
Insgesamt	633	1 758 372	2 778	17 100	27 014

lagten in ihrer Vermögenserklärung angegeben, zu welcher der in der vorstehenden Tabelle genannten sozialen Gruppen sie gehören. Es können hierbei unter Umständen mehrere Angaben zutreffen, da das Vermögensteuerrecht bei unbeschränkt steuerpflichtigen Ehegatten die Zusammenveranlagung vorsieht ("Haushaltsbesteuerung") und die Ehepartner nicht immer der gleichen Gruppe anzugehören brauchen. In diesem Falle war die überwiegende Art maßgebend, d. h. es sollte diejenige soziale Gruppe angegeben werden, die für den Ehepartner mit den größeren Vermögensanteilen zutraf. Entsprechendes galt auch für in die Haushaltsbesteuerung einbezogene Kinder.

Wenn auch die Zuordnung nach der Art der Erwerbstätigkeit aus den obenerwähnten Gründen nicht in jedem Falle voll befriedigend gelöst werden konnte und hierbei ein gewisser Ermessensspielraum offenblieb, so ergeben sich aus der neu gewonnenen sozialen Schichtung doch einige interessante Aussagen. Danach gingen 85% der großen Vermögensbesitzer einer Erwerbstätigkeit nach, während nur 15% nicht erwerbstätig waren. Von den letzteren wiederum hat über die Hälfte früher einmal regelmäßig gearbeitet und bezieht nun zum Hauptfeststellungszeitpunkt der Vermögenssteuerveranlagung am 1. 1. 1972 neben den Erträgen aus ihrem Vermögen eine Rente oder eine Pension. Läßt man diese Rentner und Pensionäre außer Ansatz, so ergibt sich, daß etwa nur 7% der vorwegerfaßten Steuerpflichtigen nicht oder noch nicht erwerbstätig sind. Der Fall des Vermögensmillionärs, der ausschließlich von den Erträgen seines Vermögens lebt, ist also offenbar verhältnismäßig selten.

Am häufigsten sind die großen Vermögensbesitzer selbständige Gewerbetreibende. Es wurden allein 393 Unternehmer gezählt, die zusammen ein Gesamtvermögen von über 1 Mrd. DM in ihren Vermögenserklärungen angaben, das sind je Steuerpflichtigen rund 2,6 Mill. DM. Die selbständigen Gewerbetreibenden rechnen damit nicht zu der sozialen Gruppe mit den größten Einzelvermögen. Hierzu sind vielmehr die 41 Angestellten zu zählen, auf die im Durchschnitt ein Gesamtvermögen entfiel, das über doppelt so groß war, nämlich 5,6 Mill. DM. Auf diesen Personenkreis entfallen vermutlich hauptsächlich die Vorstandsmitglieder, Generaldirektoren oder Geschäftsführer der großen Kapitalgesellschaften, die eine ähnliche Unternehmertätigkeit ausüben wie die selbständigen Gewerbetreibenden, aber infolge der besonderen Rechtsform der von ihnen geführten Unternehmen im Angestelltenverhältnis tätig sind. Nicht zu übersehen

ist auch das relativ hohe Gesamtvermögen der 51 erfaßten Land- und Forstwirte. Dieses Vermögen setzt sich nachweislich hauptsächlich aus sonstigem Vermögen, zum geringeren Teil auch aus Betriebsvermögen zusammen, wogegen das land- und forstwirtschaftliche Vermögen infolge der unterschiedlichen steuerlichen Bewertungsvorschriften betragsmäßig sehr gering ausgewiesen wird. In dem relativ hohen Gesamtvermögen der Land- und Forstwirte ist der Anteil des sonstigen Vermögens auffallend hoch; man kann vermuten, daß hier gewisse Teile des ursprünglich vorhandenen Grundbesitzes in Geld- und Betriebsvermögen, also zeitnah bewertete Vermögensarten, umgewandelt worden sind.

400 "einfache" Millionäre

Die Gliederung der großen Vermögensbesitzer nach der Vermögensgruppe zeigt, daß die weitaus meisten Veranlagten der untersten Gruppe zuzuordnen sind. Fast zwei Drittel der erfaßten Steuerpflichtigen überschritten mit ihrem Gesamtvermögen nicht den Schwellenwert von 2 Mill. DM. Der Anteil dieser Gruppe am gesamten Rohvermögen belief sich dagegen nur auf knapp ein Drittel. Mit zunehmender Höhe des Gesamtvermögens nimmt dann die Zahl der Millionäre kontinuierlich ab, wobei der Anteil des Rohvermögens im Vergleich zur Zahl der Steuerpflichtigen in den einzelnen Vermögensgruppen steigt. So wurden in den beiden obersten Gruppen 18 vielfache Millionäre mit einem Gesamtvermögen von 10, 20 und mehr Mill. DM erfaßt; sie machen 3% der Steuerpflichtigen aus, vereinigen aber 20% des gesamten Rohvermögens auf sich.

Die Zusammensetzung des Rohvermögens aus den einzelnen Vermögensarten unterstreicht die dominierende Stellung des sonstigen Vermögens unter den Vermögensbesitzern in der obersten Größenklasse. Die Vermögenswerte des Grundbesitzes überschreiten dagegen gewöhnlich je Veranlagten nicht ein bestimmtes Mindestmaß, so daß ihr Anteil am Rohvermögen nur in den mit Veranlagten stark besetzten unteren Gruppen überhaupt zu erwähnen ist. Im übrigen sind in der Struktur der Schichtung in den drei Jahren seit der vorhergehenden Erhebung von 1969 keine grundlegenden Veränderungen eingetreten. Die mindestens 110 in diesem Zeitraum neu hinzugekommenen großen Vermögensbesitzer haben hauptsächlich zu einer Erhöhung der Zahl der Veranlagten in der untersten Vermögensgruppe geführt; auch in den mittleren Gruppen ergeben sich positive Veränderungen. Dagegen hat sich der exklusive Kreis

Die Vermögensmillionäre nach Größenklassen am 1. 1. 1972

nur unbeschränkt Steuerpflichtige; vorläufiges Ergebnis

Vermögensgruppe (Gesamtvermögen) in Mill. DM	Steuer- pflichtige Anzahl	Roh- vermögen ¹ in Mill. DM	Land- und forstwirt- schaftliches Vermögen	davon			Steuerschuld in Mill. DM
				Grund- vermögen	Betriebs- vermögen (Rein- vermögen)	Sonstiges Vermögen	
1 - 2	402	646	1	6	42	51	5,2
2 - 3	84	243	1	5	50	44	2,0
3 - 4	53	234	0	5	47	48	1,8
4 - 6	46	268	2	2	42	54	2,1
6 - 10	30	256	1	2	35	62	2,2
10 - 20	11	167	1	2	54	43	1,5
20 und mehr	7	249	0	1	28	71	2,6
Insgesamt	633	2 063	1	4	42	53	17,1

1) abzüglich 4,5 Mill. DM Minusbeträge beim Betriebsvermögen

der vielfachen Millionäre mit 10 Mill. DM und mehr Gesamtvermögen seit 1969 nicht weiter erhöht, im Gegenteil, die Zahl und das dort eingeordnete Rohvermögen haben seitdem geringfügig abgenommen.

27 000 DM Jahressteuerschuld je Millionär

Das steuerpflichtige Vermögen der unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Personen ergibt sich, wenn vom Gesamtvermögen (das ist das um die Schulden und sonstigen Abzüge verringerte Rohvermögen) die Freibeträge abgezogen sind. Die Freibeträge der großen Vermögensbesitzer beschränken sich auf einheitlich 20 000 DM für jedes Familienmitglied (Steuerpflichtiger, Ehefrau, Kinder). In der Summe machten sie 34,6 Mill. DM aus, und zwar wurden 633mal Freibeträge für den Steuerpflichtigen und zufällig genauso oft solche für die Kinder gewährt sowie 462mal Freibeträge für die Ehefrau. Daraus ergibt sich, daß 73% der Millionäre verheiratet waren. Statistisch gesehen entfielen auf ein Ehepaar im Durchschnitt 1,4 Kinder, für die Freibeträge gewährt wurden; diese im Vergleich zur gesamten Bevölkerung niedrige Zahl könnte aus dem im Durchschnitt höheren Alter der Millionäre erklärt werden (für erwachsene Kinder wird ja bekanntlich in der Regel kein Freibetrag gegeben). Über die Altersverteilung der Millionäre ist aus der Statistik nichts bekannt, Altersfreibeträge werden für die großen Vermögensbesitzer nicht gewährt.

Nach Abzug der Freibeträge errechnete sich ein steuerpflichtiges Vermögen von insgesamt 1,723 Mrd. DM, das fast ausschließlich dem Vermögensteuerregelsatz von 1% unterlag. Nur auf 3% des Vermögens war der ermäßigte

Steuersatz² von 0,75% anzusetzen. Die festgesetzte Jahressteuerschuld belief sich auf 17,1 Mill. DM, was einem durchschnittlichen Steuersatz von 0,99% entspricht. Die Vermögensmillionäre trugen somit im Jahre 1972 zu gut einem Viertel des gesamten Aufkommens an Vermögensteuer bei. Ihr zahlenmäßiger Anteil an allen natürlichen vermögenssteuerpflichtigen Personen kann auf etwa 3% geschätzt werden. Im Durchschnitt hatte jeder große Vermögensbesitzer auf sein Vermögen eine Steuer von über 27 000 DM zu entrichten.

Randgebiet um Hamburg als Millionärswohnsitz bevorzugt

Das Vermögensteuerrecht sieht die Veranlagung der Steuerpflichtigen nach dem Wohnsitzprinzip vor, d. h. die großen Vermögensbesitzer werden bei dem Finanzamt veranlagt, in dessen Bezirk sie wohnen. Es ist hierbei unerheblich, wo das Vermögen (z. B. ein bebautes Grundstück oder Betriebsvermögen) gelegen ist. Durch das Auseinanderfallen von Wohnsitz des Eigentümers und Belegenheit des Vermögens ist das Ergebnis der Statistik in nicht geringem Umfang von Gegebenheiten in anderen Bundesländern abhängig. Die regionale Darstellung der in Schleswig-Holstein veranlagten Millionäre ist stark von den in Hamburg konzentrierten Vermögenswerten beeinflusst. Die um Hamburg gelegenen nördlichen drei Randkreise Hztg. Lauenburg, Stormarn und Pinneberg werden allein von 226 Millionären bewohnt, wobei eine Abnahme der Häufigkeit und der Vermögensgröße von

2) Der Steuersatz ermäßigt sich auf 0,75 %, soweit das steuerpflichtige Vermögen den Betrag der Vermögensabgabeschuld nach dem LAG nicht übersteigt (vgl. § 8 VStG)

Die Vermögensmillionäre 1972 in den Kreisen
nur unbeschränkt Steuerpflichtige; vorläufiges Ergebnis

KREISFREIE STADT Kreis	Vermögensmillionäre		Gesamt- vermögen in Mill. DM
	Anzahl	% der Landessumme	
FLensburg	30	4,7	61,4
KIEL	61	9,6	119,9
LÜBECK	59	9,3	204,5
NEUMÜNSTER	18	2,8	28,8
Dithmarschen	12	1,9	19,9
Flensburg-Land	9	1,4	22,0
Hsgt. Lauenburg	90	14,2	351,4
Nordfriesland	25	3,9	50,6
Ostholstein	44	7,0	107,9
Pinneberg	65	10,3	184,4
Plön	31	4,9	90,3
Rendsburg-Eckernförde	58	9,2	147,7
Schleswig	6	0,9	8,6
Segeberg	32	5,1	87,4
Steinburg	22	3,5	46,0
Stormarn	71	11,2	227,5
Schleswig-Holstein	633	100	1 758,4

Ost nach West zu beobachten ist. Sie geht nicht zuletzt auf die im östlichen Randgebiet vorhandenen landschaftlichen Reize und Vorzüge einer gepflegten Wohngegend zurück. 36% aller Vermögensmillionäre sowie 43% des gesamten Vermögens entfallen auf die drei genannten Kreise.

Das massierte Auftreten des begüterten Personenkreises im nördlichen Randgebiet um die Hansestadt dürfte voraussichtlich auch in Zukunft anhalten, da zu erwarten ist, daß die Wohnsitze weiterhin zunehmend aus der Millionenstadt heraus verlagert werden. Nicht zuletzt infolge dieses Effekts hat die Zahl der in Hamburg veranlagten Millionäre zwischen 1969 und 1972 um 3% abgenommen³. Auch die kreisfreien Städte Kiel und Lübeck sowie der Kreis Rendsburg-Eckernförde werden von einer nicht geringen Zahl großer Vermögensbesitzer bewohnt, wobei die Höhe des Gesamtvermögens insbesondere in der kreisfreien Stadt Lübeck hervortritt. Die stark agrarisch strukturierten und standortmäßig benachteiligten Kreise Schleswig, Flensburg-Land und Dithmarschen vereinigen dagegen nur 4,2% der Steuerpflichtigen und 2,9% des von ihnen gehaltenen Gesamtvermögens auf sich.

Klaus Scheithauer

Vergleiche auch: "Über 500 Vermögensmillionäre in Schleswig-Holstein" in dieser Zeitschrift 1971, S. 91 (April)

³) vgl. hierzu: "Private Millionenvermögen in Hamburg" in "Hamburg in Zahlen", Heft 7/1975, S. 185

Kurzberichte

Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden

Mit der manuellen Zusammenstellung der wichtigsten Merkmale aus dem Erhebungsprogramm der amtlichen Straßenverkehrsunfallstatistik für den Monat Dezember kann nunmehr ein Überblick über das Unfallgeschehen auf den Straßen Schleswig-Holsteins im Jahre 1975 gegeben werden. Diese zum Teil vorläufigen Ergebnisse werden später durch eine tiefer gegliederte Darstellung der endgültigen Ergebnisse in den Statistischen Berichten ergänzt.

Im vergangenen Jahr ereigneten sich in Schleswig-Holstein insgesamt 16 362 Unfälle mit Personenschaden. Dabei verunglückten 682 Personen tödlich. Die Zahl der Verletzten (Schwer- und Leichtverletzte) betrug 21 657. Im Vergleich zu 1974 nahm die Zahl der Unfälle um 5,5% zu, die Zahl der Verunglückten stieg um 6,2% und die Zahl der Verkehrstoten erhöhte sich um 4,0%. Damit scheint sich wieder eine Wende zum Schlechteren anzubahnen, nachdem die zuvor anhaltend negative

Entwicklung im Jahre 1973 unterbrochen worden war. Damals war die Zahl der Unfälle und Verunglückten vor allem infolge des im Herbst 1972 eingeführten "Tempo 100" auf Bundes- und Landesstraßen, der Mitte 1973 in Kraft getretenen 0,8-Promille-Regelung sowie der Ende 1973 im Zusammenhang mit der Ölkrise getroffenen Maßnahmen - Sonntagsfahrverbote Ende November und im Dezember 1973, Begrenzung der Geschwindigkeit auf Autobahnen (100 km/h) und sonstigen Außerortsstraßen (80 km/h) bis Mitte März 1974 - erheblich zurückgegangen. Die rückläufige Entwicklung setzte sich dann 1974 fort.

Auch im Bundesgebiet hat sich das Unfallgeschehen im Jahre 1975 wieder verschlechtert. Die Zuwachsraten waren jedoch geringer als in Schleswig-Holstein. So ist die Zahl der Unfälle im Bundesdurchschnitt "nur" um 1,9%, die der Verunglückten um 2,3% gestiegen. Die Zunahme der Unfälle ist einmal auf einen Anstieg der durchschnittlichen Kraftfahrzeugfahrleistungen zurückzuführen. Der Grund hierfür dürfte unter anderem darin zu sehen sein, daß sich 1975 die Anzeichen für einen wirtschaftlichen Aufschwung mehrten,

Veränderungen des Pkw-Bestandes
und der Unfälle mit Personenschaden von Jahr zu Jahr in %

	Bundesgebiet		Schleswig-Holstein	
	Pkw ¹	Unfälle	Pkw ¹	Unfälle
1970/71	+ 8,4	- 2,2	+ 9,2	+ 2,3
1971/72	+ 6,2	+ 2,6	+ 6,5	+ 4,6
1972/73	+ 6,0	- 6,6	+ 5,7	- 4,9
1973/74	+ 1,9	- 6,4	+ 1,9	- 9,5
1974/75	+ 3,2	+ 1,9	+ 3,4	+ 5,5

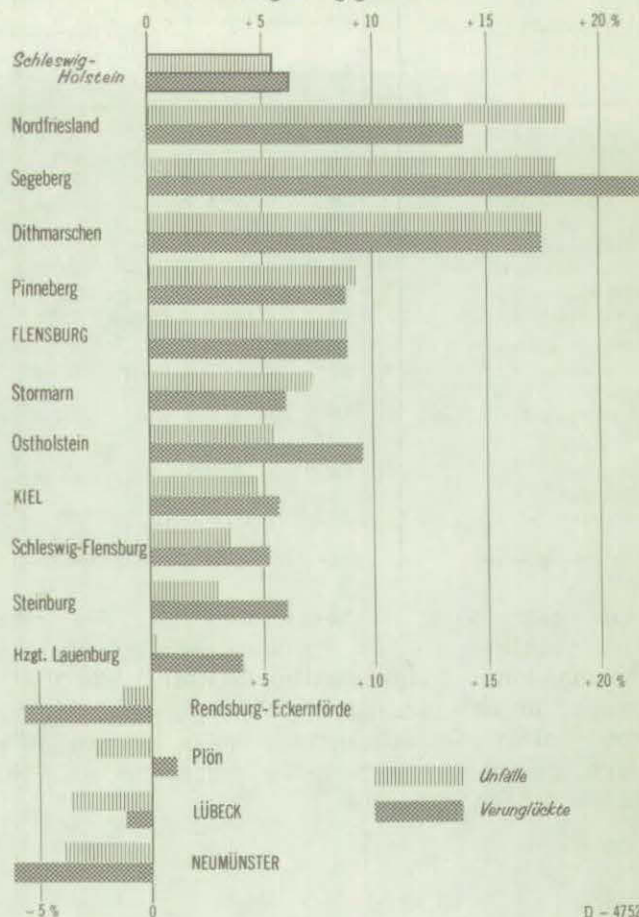
1) einschließlich Kombinationskraftwagen; Stand: jeweils 1. 7.

und daß auch die Benzinpreise infolge des verhältnismäßig geringen Energiebedarfs der Weltwirtschaft einigermaßen stabil blieben. Zum anderen ist der Bestand an Kraftfahrzeugen wieder stärker gewachsen. Wie man der obigen Tabelle entnehmen kann, hat der Bestand an Personen- und Kombinationskraftwagen sowohl im gesamten Bundesgebiet als auch in Schleswig-Holstein 1975 wieder stärker zugenommen. Während er 1974 nur um 1,9% stieg, betrug die Zunahme ein Jahr später über 3%. Damit ist auch hier ein Tendenzwandel sichtbar, nachdem zwischen 1971 und 1974 die Zuwachsraten von Jahr zu Jahr geringer geworden waren.

Untersucht man die Unfallentwicklung in den einzelnen Kreisen, dann werden erhebliche Unterschiede sichtbar. Am ungünstigsten schnitt dabei der Kreis Nordfriesland ab. Während sich 1974 dort 969 Unfälle mit Personenschaden ereigneten, waren es im vergangenen Jahr 1 148. Damit ist die Zahl der Unfälle um 18,5% angestiegen. Ähnlich groß war der Zuwachs in den Kreisen Segeberg und Dithmarschen. Während im Kreis Segeberg die Zahl der Unfälle um 18,0% auf 1 376 stieg, kletterte sie im Kreis Dithmarschen auf 880. Das sind 17,5% mehr als 1974. Über dem Kreisdurchschnitt von + 7,1% lag die Unfallentwicklung auch in den Kreisen Pinneberg (+ 9,2%) und Stormarn (+ 7,3%). In den übrigen Kreisen lagen die Veränderungsraten teils unter dem Durchschnitt, so in den Kreisen Ostholstein (+ 5,4%), Schleswig-Flensburg (+ 3,4%), Steinburg (+ 3,0%) und Hsgt. Lauenburg (+ 0,1%), teils waren sie negativ, so in den Kreisen Plön und Rendsburg-Eckernförde, wo die Zahl der Unfälle um 2,3% bzw. 1,3% zurückging. Für die kreisfreien Städte errech-

Straßenverkehrsunfälle und Verunglückte

Veränderung 1975 gegenüber 1974



net sich eine durchschnittliche Veränderung der Unfallzahlen von + 0,8%. Sie ist das Ergebnis positiver und negativer Entwicklungen in jeweils zwei kreisfreien Städten. Während in Neumünster und Lübeck die Zahl der Unfälle zurückging, und zwar um 3,8% und 3,4%, stieg sie in Flensburg und Kiel an. In Flensburg wurde mit einem Mehr von 8,6% sogar der Landesdurchschnitt übertroffen. In Kiel ereigneten sich 1975 demgegenüber 4,7% mehr Unfälle als 1974.

Karlheinz König

Nähere Angaben siehe Stat. Berichte H 1.1. Vergleiche auch: "Die Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Jahre 1973" in dieser Zeitschrift 1974, S. 115 (Mai)

ERLÄUTERUNGEN: Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen. Der Ausdruck "Kreise" steht vereinfachend für "Kreise und kreisfreie Städte". Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde. Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5". Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit. p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt. Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- = Zahlenwert genau Null
- 0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit
- . = Zahlenwert unbekannt, nicht eingesetzt oder sinnlos
- ... = Zahlenwert noch nicht bekannt

Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

Heft/Seite

Erwerbstätigkeit

Teilbeschäftigte 1970 2/40

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Ackerschlepper und Feldmaschinen 1/18

Geflügelwirtschaft 1/10

Milchviehbetriebe 2/36

Industrie und Handwerk, Energiewirtschaft

Verarbeitende Industrie 1975 1/2

Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen

Haushalte und Wohnungen 1/5

Verkehr

Güterverkehr Eisenbahn 2/28

Öffentliche Sozialleistungen

Sozialhilfeempfänger 1/24

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

28. Jahrgang . Heft 3 . März 1976

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

		1973	1974	1974/75			1975/76			
		Monats- durchschnitt		Nov.	Dez.	Januar	Okt.	Nov.	Dez.	Januar
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
*Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 573	2 583	2 585	2 584	2 584	2 583	2 583
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
*Eheschließungen 1)	Anzahl	1 266	1 248	1 104	1 210	929	1 285	884	1 230	...
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		5,9	5,8	5,2	5,5	4,2	5,9	4,2	5,6	...
*Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 199	2 129	1 876	2 008	2 019	1 942	1 850	2 012	...
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		10,3	9,9	8,8	9,1	9,2	8,8	8,7	9,2	...
*Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 693	2 674	2 646	2 948	2 798	2 687	2 535	2 840	...
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		12,6	12,4	12,5	13,4	12,7	12,2	11,9	12,9	...
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	48	38	37	36	35	48	36	41	...
* je 1 000 Lebendgeborene		21,7	18,0	19,7	17,9	17,3	24,7	19,5	20,4	...
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 494	- 545	- 770	- 940	- 779	- 745	- 685	- 828	...
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		- 2,3	- 2,5	- 3,6	- 4,3	- 3,5	- 3,4	- 3,2	- 3,8	...
Wanderungen										
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	8 280	7 145	6 705	5 366	6 366	7 372	5 565
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	6 468	6 204	5 845	5 132	6 028	7 133	5 239
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 1 812	+ 941	+ 860	+ 234	+ 338	+ 239	+ 326
*Innerhalb des Landes Umgezogene 4)	Anzahl	10 318	10 248	10 584	8 908	10 114	10 857	9 285
Wanderungsfälle	Anzahl	25 066	23 597	23 134	19 406	22 508	25 362	20 089
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		165	157	159	129	149	165	138
Arbeitslage										
*Arbeitslose	1 000	14	29	39	45	54	44	49	53	59
darunter *Männer	1 000	8	17	22	27	34	23	26	30	33
Offene Stellen	1 000	20	14	8	8	9	8	7	6	7
darunter für Männer	1 000	13	8	5	4	5	5	4	4	4
Landwirtschaft										
Viehbestand										
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 496 ^a	1 507 ^a	.	1 507	.	.	.	1 525	.
darunter *Milchkühe			
(ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	504 ^a	495 ^a	.	495	.	.	.	503	.
*Schweine	1 000	1 659 ^a	1 567 ^a	.	1 567	.	.	.	1 620	.
darunter *Zuchtsauen	1 000	168 ^a	168 ^a	.	168	.	.	.	170	.
darunter *trächtig	1 000	111 ^a	111 ^a	.	111	.	.	.	113	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	31	36	45	32	38	58	40	31	33
*Kälber	1 000 St.	1	2	1	1	1	1	1	1	1
*Schweine	1 000 St.	200	214	228	212	231	242	214	225	224
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	7 ^b	7 ^c	15	12	13	5	11	10	11
*Schlachtsmengen ⁵⁾ aus gewerblichen Schlachtungen										
(ohne Geflügel)	1 000 t	24,2	27,2	30,0	25,3	29,0	36,1	27,6	26,6	27,0
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	8,0	9,5	11,7	8,3	10,0	15,5	10,0	8,0	8,6
*Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
*Schweine	1 000 t	16,1	17,5	18,1	16,8	18,8	20,4	17,4	18,4	18,2
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder (ohne Kälber)	kg	264	270	278	271	273	277	266	270	271
Kälber	kg	95	96	100	100	93	95	94	91	94
Schweine	kg	83	85	85	84	86	86	86	86	85
Geflügel										
Eingelegte Bruteier 6)	1 000	515	514	460	390	481	419	376	432	549
*für Legehennenküken	1 000	879	956	946	995	1 006	907	944	1 130	1 058
*für Masthühnerküken										
*Geflügelfleisch 7)	1 000 kg	825	755	752	639	835	962	878	891	897
*Milcherzeugung										
1 000 t		181	183	142	167	184	132	149	177	197
darunter *an Meiereien geliefert	%	93	94	93	93	93	92	93	93	93
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,8	12,0	9,4	10,8	11,9	8,6	10,0	11,6	12,6

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort

2) nach der Wohngemeinde der Mutter

3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen

4) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

5) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

6) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

7) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Dezember

b) Winterhalbjahr 1973/74 = 10

c) Winterhalbjahr 1974/75 = 10

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1973	1974	1974/75			1975/76			
		Monats- durchschnitt		Nov.	Dez.	Januar	Okt.	Nov.	Dez.	Januar
Industrie und Handwerk										
Industrie ⁸⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	187	187	186	183	180	176	175	173	...
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	138	136	134	132	129	126	125	124	...
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	22 249	21 348	22 074	19 324	20 123	21 222	19 608	18 335	...
*Löhne (brutto)	Mill. DM	208,6	228,2	258,6	237,9	213,8	229,1	255,9	239,7	...
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	97,5	113,3	134,8	113,2	113,3	114,6	146,0	140,5	...
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁹⁾	28	32	32	30	32	16	17	16	...
*Gasverbrauch (H ₀ = 8 400 kcal/m ³)	Mill. m ³	13,8	13,3	15,0	14,5	16,8	18,5	18,9	18,6	...
*Stadt-, Kokerei- und Ferngas	Mill. m ³	3,5	3,1	3,2	3,0	5,6	5,5	5,0	5,0	...
*Erd- und Erdölgas	Mill. m ³	10,3	10,3	11,9	11,6	11,2	13,1	13,9	13,6	...
*Heizölverbrauch	1 000 t	100	96	100	92	86	101	96	94	...
*leichtes Heizöl	1 000 t	21	18	21	19	21	19	20	21	...
*schweres Heizöl	1 000 t	79	78	79	73	64	82	76	73	...
*Stromverbrauch	Mill. kWh	177	178	190	169	168	189	179	171	...
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	36	37	38	41	39	40	41	41	...
*Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) ¹⁰⁾	Mill. DM	1 436	1 690	1 966	1 724	1 525	2 139	1 774	1 943	...
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	242	318	327	306	309	444	376	333	...
Produktionsindex (arbeitstäglich)										
*Gesamtindustrie	1962=100	184	191	202	190	168	191	209	190	...
*Bergbau	1962=100	100	85	77	77	78	81	81	81	...
*Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	1962=100	200	200	189	171	171	192	191	168	...
*Investitionsgüterindustrie	1962=100	206	234	256	277	201	236	271	258	...
*Verbrauchsgüterindustrie	1962=100	220	208	221	196	171	206	234	203	...
*Nahrungs- und Genussmittelindustrie	1962=100	139	142	157	127	139	145	159	141	...
außerdem										
Produktionsindex für die Bauindustrie	1962=100	143	137	141	103	114	146	144	106	...
Handwerk (Wehrtern) ¹¹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) (Ende des Vierteljahres)	30.9.1970=100	96,7	92,3	.	90,4	.	.	.	89,2	.
*Gesamtumsatz (einschließlich Mehrwertsteuer)	Vj. -D 1970=100	132,2	132,4	.	159,4	.	.	.	177,4	.
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	290	300	310	322	361	333	302	388	...
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste)	Mill. kWh	582	601	677	686	714	672	682	736	...
*Gaserzeugung (brutto) (H ₀ = 8 400 kcal/m ³)	Mill. m ³	10	7	9	9	9	6	7	8	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe (nach der Totalerhebung hochgerechnet)										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	61 242	55 689	52 529	51 165	49 042	51 638	50 511	49 678	48 424
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	7 906	7 268	6 885	4 993	6 083	7 988	6 522	5 294	4 420
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	3 576	3 018	2 774	2 045	2 513	3 288	2 721	2 311	2 051
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 342	1 188	1 087	825	1 049	1 387	1 190	948	861
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	2 790	2 845	2 772	1 941	2 360	2 966	2 334	1 840	1 368
*Löhne (brutto)	Mill. DM	90,2	88,4	86,6	68,5	74,0	101,0	87,8	73,5	54,9
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	11,3	12,1	14,1	14,8	11,1	11,6	15,0	14,7	11,5
*Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. DM	282,0	274,0	375,5	439,3	201,6	322,7	357,4	495,8	174,1

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

8) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

9) eine t Steinkohle-Einheit (SKE) = 1 t Steinkohle/-briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle

10) ohne Umsatz in Handelsware und ohne Erlöse aus Nebengeschäften

11) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1973	1974	1974/75			1975/76			
		Monats- durchschnitt		Nov.	Dez.	Januar	Okt.	Nov.	Dez.	Januar
noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	946	728	595	457	566	913	779	773	770
darunter *mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	853	674	557	405	536	857	753	729	708
*umbauter Raum	1 000 m ³	1 018	733	532	547	500	928	693	695	691
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	177 561	135 136	102 620	100 899	95 628	166 428	133 705	132 670	139 170
*Wohnfläche	1 000 m ²	193	134	98	104	88	159	118	123	132
*Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)										
*umbauter Raum	1 000 m ³	176	152	168	127	128	288	212	181	150
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	775	568	647	715	504	1 091	678	635	777
*Nutzfläche	1 000 m ²	90 227	75 973	106 758	91 555	88 335	113 119	104 517	100 219	87 569
		141	104	124	108	82	191	121	122	131
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 305	1 634	1 112	1 300	997	1 824	1 478	1 354	1 472
Baufertigstellungen										
Wohnungen 12)	Anzahl	2 937	2 295	1 731	15 497	546	1 269	785	10 183	573
Wohnräume	Anzahl	11 336	9 637	7 692	63 970	2 013	5 139	3 814	46 340	2 531
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	297,8	367,5	401,2	389,0	329,5	362,0	449,8	452,4	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	32,5	47,0	47,8	35,7	56,6	70,5	65,6	54,6	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	247,3	320,5	353,4	353,4	272,9	291,5	384,2	397,7	...
davon *Rohstoffe	Mill. DM	5,9	8,2	9,0	7,7	9,5	7,6	7,7	7,5	...
*Halbwaren	Mill. DM	19,7	47,5	44,8	62,2	46,1	19,8	54,1	35,1	...
*Fertigwaren	Mill. DM	221,7	264,8	299,6	283,5	217,2	264,1	322,4	355,2	...
davon *Vorerzeugnisse	Mill. DM	21,0	28,9	26,5	23,5	23,4	22,6	24,4	23,6	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	200,7	235,9	273,1	260,0	193,8	241,4	298,0	331,6	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EG-Länder	Mill. DM	122,3	169,4	183,6	140,0	165,4	161,2	269,3	198,7	...
darunter Italien	Mill. DM	22,9	23,0	21,5	17,0	19,4	20,0	17,5	21,9	...
Niederlande	Mill. DM	25,6	46,3	33,6	32,0	27,3	40,9	45,4	72,0	...
Dänemark	Mill. DM	22,0	33,9	37,1	31,1	45,8	25,7	123,1	34,5	...
Großbritannien	Mill. DM	18,4	25,2	51,7	21,6	29,7	32,3	37,8	29,1	...
*EFTA-Länder	Mill. DM	65,4	58,2	55,8	61,0	50,5	63,7	69,0	49,3	...
darunter Norwegen	Mill. DM	27,5	8,4	5,5	10,5	6,6	18,4	26,1	5,6	...
Schweden	Mill. DM	19,0	26,0	25,4	26,6	21,9	20,1	20,0	13,7	...
*Index der Einzelhandelsumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1970=100	133,6	r 141,9	155,9	r 184,9	133,0	170,1	171,2	213,9	...
*Index der Gastgewerbesumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1970=100	119,2	r 137,1	104,0	r 116,8	98,4	138,2	112,0	124,0	...
Fremdenverkehr in 134 Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000	200	210	91	79	68	p 163	p 86	p 83	p 67
darunter *von Auslandsgästen	1 000	18	17	9	7	6	p 15	p 10	p 8	p 6
*Fremdenübernachtungen	1 000	1 659	1 724	330	319	280	p 822	p 321	p 319	p 265
darunter *von Auslandsgästen	1 000	37	36	18	16	11	p 31	p 19	p 18	p 13
Verkehr										
Seeschifffahrt ¹³⁾										
Güterempfang	1 000 t	1 121	1 189	1 253	1 145	1 091
Güterversand	1 000 t	399	518	512	520	544
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	236	231	234	182	201	197	181	208	172
*Güterversand	1 000 t	327	296	275	180	213	282	260	225	199
*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge										
darunter Krafträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	7 522	6 282	5 569	4 870	6 003	9 598	7 264	6 914	...
*Personenkraftwagen 14)	Anzahl	92	80	23	24	47	50	55	28	...
*Lastkraftwagen	Anzahl	6 693	5 585	5 095	4 345	5 502	8 742	6 580	6 302	...
	Anzahl	386	294	209	249	213	378	299	290	...
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 428	1 293	1 467	1 467	1 099	1 379	1 393	p 1 549	p 1 351
*Getötete Personen	Anzahl	61	55	72	78	61	52	70	p 65	p 47
*Verletzte Personen	Anzahl	1 891	1 698	1 916	1 884	1 393	1 790	1 817	p 2 018	p 1 777

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

12) Zimmer mit 6 und mehr m² Fläche und alle Küchen

13) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

14) einschließlich Kombinationskraftwagen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1973	1974	1974/75			1975/76			
		Monats- durchschnitt ^{d)}		Nov.	Dez.	Januar	Okt.	Nov.	Dez.	Januar
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁵⁾										
*Kredite 16) an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	23 133	24 984	25 583	24 984	24 996	27 186	27 651	28 066	...
darunter										
*Kredite 16) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	22 352	24 024	23 663	24 024	24 035	25 786	26 188	26 542	...
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	4 903	5 176	4 986	5 176	5 073	5 016	4 976	5 056	...
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	4 882	5 147	4 953	5 147	5 037	4 865	4 848	4 929	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	21	29	33	29	36	152	128	127	...
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	2 068	2 215	2 187	2 215	2 225	2 346	2 528	2 549	...
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	1 925	2 028	2 001	2 028	2 037	2 107	2 127	2 156	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	143	187	186	187	188	239	401	393	...
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	15 382	16 633	16 491	16 633	16 737	18 424	18 683	18 937	...
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	12 934	13 944	13 884	13 944	14 008	15 175	15 313	15 378	...
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	2 448	2 689	2 607	2 689	2 729	3 249	3 370	3 559	...
*Einlagen und aufgenommene Kredite ¹⁶⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	18 446	20 182	19 795	20 182	20 153	21 238	21 713	22 147	...
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	10 614	11 529	11 667	11 529	11 437	11 148	11 527	11 428	...
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	6 645	7 374	7 538	7 374	7 281	7 032	7 442	7 244	...
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	3 969	4 155	4 129	4 155	4 156	4 114	4 085	4 184	...
*Spareinlagen	Mill. DM	7 832	8 654	8 128	8 654	8 715	10 092	10 186	10 719	...
*bei Sparkassen	Mill. DM	4 686	5 169	4 856	5 169	5 193	5 847	5 900	6 211	...
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	411	469	396	987	643	581	493	1 108	...
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	380	400	336	461	581	465	400	574	...
Zahlungsschwierigkeiten										
*Konkurse (eröffnete u. mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	16	21	19	20	20	41	49	44	34
*Vergleichsverfahren	Anzahl	1,3	1,9	4	2	-	1	1	2	1
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	437	494	471	437	451	339	315	355	...
*Wechselsumme	Mill. DM	1,541	3,945	2,594	1,928	1,446	1,292	1,160	1,534	...
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten		Vierteljahres- durchschnitt		4. Vj.			4. Vj.			
*Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	1 120 416	1 280 969	.	1 533 218	.	.	.	1 540 203	.
*Steuern vom Einkommen	1 000 DM	835 797	970 001	.	1 211 650	.	.	.	1 221 996	.
*Lohnsteuer 17)	1 000 DM	559 208	662 403	.	843 391	.	.	.	837 490	.
*veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	216 666	238 057	.	270 713	.	.	.	306 308	.
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	6 012	7 385	.	6 874	.	.	.	3 922	.
*Körperschaftsteuer 17)	1 000 DM	53 910	62 156	.	90 672	.	.	.	74 276	.
*Steuern vom Umsatz	1 000 DM	284 619	310 968	.	321 568	.	.	.	318 207	.
*Umsatzsteuer	1 000 DM	204 394	203 272	.	203 604	.	.	.	213 589	.
*Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	80 226	107 696	.	117 964	.	.	.	104 618	.
*Bundessteuern	1 000 DM	348 996	270 736	.	161 749	.	.	.	108 354	.
*Zölle	1 000 DM	32 028	30 437	.	32 833	.	.	.	731	.
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	297 488	217 634	.	102 526	.	.	.	96 626	.
*Landessteuern	1 000 DM	90 117	94 599	.	92 029	.	.	.	94 936	.
*Vermögensteuer	1 000 DM	17 100	20 526	.	21 801	.	.	.	19 213	.
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	52 241	53 875	.	50 127	.	.	.	53 779	.
*Biersteuer	1 000 DM	2 854	2 959	.	3 056	.	.	.	3 032	.
*Gemeindesteuern	1 000 DM	187 078	208 162	.	228 001	.	.	.	213 164	.
*Grundsteuer A 18)	1 000 DM	7 114	7 101	.	6 609	.	.	.	6 285	.
*Grundsteuer B 19)	1 000 DM	26 496	25 830	.	24 123	.	.	.	34 051	.
*Gewerbesteuer			
nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	121 447	140 023	.	162 223	.	.	.	135 590	.
*Lohnsummensteuer	1 000 DM	15 929	17 983	.	18 811	.	.	.	19 011	.
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
*Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	889 492	878 107	.	910 013	.	.	.	868 498	.
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	331 174	382 856	.	489 047	.	.	.	490 703	.
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	185 003	195 910	.	202 330	.	.	.	217 176	.
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	24 319	28 605	.	56 888	.	.	.	52 265	.
*Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	698 586	775 182	.	911 553	.	.	.	873 284	.
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	389 049	452 295	.	557 389	.	.	.	561 530	.
*Anteil an den Steuern vom Umsatz 20)	1 000 DM	195 101	199 682	.	205 247	.	.	.	164 554	.
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	24 319	28 605	.	56 888	.	.	.	52 265	.
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	250 030	285 639	.	368 518	.	.	.	373 566	.
*Gewerbesteuer			
nach Ertrag und Kapital (netto) ²¹⁾	1 000 DM	72 809	82 811	.	48 448	.	.	.	31 061	.
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	111 589	134 689	.	254 292	.	.	.	264 932	.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1973	1974	1974/75			1975/76			
		Monats- durchschnitt		Nov.	Dez.	Januar	Okt. ^f	Nov.	Dez.	Januar
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einfuhrpreise	1970=100	112,6	144,8	146,0	144,3	142,3	145,8	145,9	147,4	...
Ausfuhrpreise	1970=100	112,3	131,4	135,3	134,8	136,0	137,1	137,1	137,4	...
Grundstoffpreise ²²⁾	1970=100	115,3	137,4	138,6	137,8	137,8	139,1	139,4	140,6	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte ²²⁾	1970=100	114,1	129,4 ^f	133,0	133,0	134,6	136,1	136,0	136,3	137,5
landwirtschaftlicher Produkte ²²⁾	1961/63=100	118,8 ^e	119,0 ^f	120,0	120,3	118,6	138,7 ^p	142,6 ^p	146,0	...
*Preisindex für Wohngebäude, Bauleistungen am Gebäude ²³⁾	1962=100	187,1	200,8	203,4
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ²²⁾	1962/63=100	139,8 ^e	148,6 ^f	147,8	148,5	149,9	156,5	157,5	158,2	...
Einzelhandelspreise	1970=100	117,0	125,9	129,6	130,0	131,1	135,0	135,4	135,7	136,7
*Preisindex für die Lebenshaltung ²⁴⁾	1970=100	118,8	127,1	129,7	130,1	131,3	136,3	136,7	137,1	138,2
darunter für										
*Nahrungs- und Genußmittel	1970=100	118,0	123,6	124,8	125,4	126,5	130,6	130,9	131,7	133,3
Kleidung, Schuhe	1970=100	120,7	129,7	133,6	133,9	134,3	137,6	138,0	138,2	138,6
Wohnungsmieten	1970=100	119,2	125,1	126,9	127,1	128,2	135,4	135,8	136,1	136,9
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	1970=100	128,2	149,8	153,5	153,0	158,8	176,0	175,7	174,6	176,5
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	1970=100	114,3	123,1	127,6	128,3	129,4	131,9	132,7	133,2	134,6
Löhne und Gehälter ²⁵⁾										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	402	429	.	.	421	458
darunter *Facharbeiter	DM	426	455	.	.	446	481
*weibliche Arbeiter	DM	241	273	.	.	277	294
darunter *Hilfsarbeiter	DM	232	263	.	.	268	282
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	9,11	9,85	.	.	9,95	10,70
darunter *Facharbeiter	DM	9,67	10,40	.	.	10,43	11,22
*weibliche Arbeiter	DM	5,98	6,73	.	.	7,00	7,46
darunter *Hilfsarbeiter	DM	5,75	6,50	.	.	6,73	7,15
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter	Std.	44,0	43,4	.	.	42,3	42,7
weibliche Arbeiter	Std.	40,2	40,5	.	.	39,6	39,5
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	2 009	2 226	.	.	2 294	2 434
*weiblich	DM	1 355	1 512	.	.	1 568	1 650
Technische Angestellte										
*männlich	DM	2 196	2 432	.	.	2 467	2 623
*weiblich	DM	1 321	1 501	.	.	1 526	1 624
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	1 796	1 948	.	.	2 014	2 123
*weiblich	DM	1 129	1 252	.	.	1 320	1 387
Technische Angestellte										
männlich	DM	1 708	2 193	.	.	2 259	2 282
weiblich	DM	1 384	1 537	.	.	.	(1 559)
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	1 861	2 041	.	.	2 109	2 227
weiblich	DM	1 184	1 322	.	.	1 389	1 458
Technische Angestellte										
männlich	DM	2 151	2 410	.	.	2 448	2 589
weiblich	DM	1 325	1 502	.	.	1 526	1 622

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

15) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter

16) einschließlich durchlaufender Kredite

18) Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen

17) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung

19) einschließlich Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten

20) Umsatzsteuer: Nach der vorläufigen Bemessung der Länderanteile an der Umsatzsteuer gemäß § 2 und § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28.8.1969. Einfuhrumsatzsteuer: Abschlagzahlungen gemäß § 2 Abs. 5 der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 30.1.1970

21) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

22) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

23) nur Neubau

24) alle privaten Haushalte

25) Effektivverdienste

d) Bestandszahlen bei Geld und Kredit; Stand 31.12.

e) Wirtschaftsjahr 1973/74 (Juli-Juni)

f) Wirtschaftsjahr 1974/75 (Juli-Juni)

Jahreszahlen A

erscheint im monatlichen Wechsel mit B

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen ¹⁾				
	Einwohner (Jahres- mittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienst- leistungen
	in 1 000	Ereignisse je 1 000 Einwohner			in 1 000		in 1 000				
1970	2 494 ^a	7,5	14,1	13,2	2	24	1 003	115	386	215	286
1971	2 529	7,0	13,3	12,6	2	31	997	110	377	216	293
1972	2 554	6,4	11,5	12,8	- 3	24	1 006	85	395	210	317
1973	2 573	5,9	10,3	12,6	- 6	22	1 017	75	387	223	333
1974	2 583	5,8	9,9	12,4	- 7	11	1 003	65	388	214	336

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen							Volkseinkommen		
	Schüler am 20.9. ²⁾			Schulabgänger in %				Bruttoinlandsprodukt		
	Grund-, Haupt- und Sonder- schulen	Real- schulen	Gymnasien	mit weniger als Haupt- schul- abschluß	mit Haupt- schul- abschluß	mit mittlerem Abschluß	mit Abitur	In jeweiligen Preisen		in Preisen von 1962
	in 1 000							Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	in Mill. DM
1970	249	51	50	23	42	24	11	22 878	13,7	17 438
1971	256	56	54	23	42	25	11	25 935 ^b	13,4 ^b	18 257 ^b
1972	262	61	60	22	43	24	11	28 547 ^b	10,1 ^b	18 834 ^b
1973	267	66	65	31 811 ^b	11,4 ^b	19 746 ^b
1974	267	72	69	34 752 ^c	9,2 ^c	20 399 ^c

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 3.12.				Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung 5)		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ⁴⁾							
	insgesamt	darunter Milchkühe ³⁾			Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben
	in 1 000				in 1 000						
1970	1 407	493	1 774	4 920	476	2 744	2 139	4 232	1 350	414	565
1971	1 364	477	1 667	4 946	477	2 848	2 085	4 297	1 698	322	596
1972	1 421	498	1 598	5 012	386	2 756	2 137	4 381	1 679	264	611
1973	1 496	504	1 659	4 746	415	2 661	2 166	4 323	1 710	242	628
1974	1 507	495	1 567	4 300	481	2 815	2 196	4 397	1 929	298	637

Jahr	Industrie ⁶⁾										Bauhaupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Jahresmittel)		Arbeiter- stunden	Löhne	Gehälter	Umsatz ⁷⁾		Energieverbrauch			Produk- tions- index 9) 1962=100	Beschäftig- te 10) am 30.6. in 1 000
						insgesamt	Auslands- umsatz	Kohle 1 000 t SKE 8)	Heizöl			
	insgesamt	schwer										
	in 1 000		in Millionen	Bruttosumme in Mill. DM	Mill. DM		1 000 t					
1970	191	145	289	1 887	799	12 840	1 725	400	1 130	906	163	64
1971	191	143	279	2 084	909	14 365	1 975	312	1 124	895	169	64
1972	188	139	267	2 231	1 020	15 275	2 399	245	1 142	897	172	63
1973	187	138	267	2 503	1 170	17 234	2 904	332	1 201	952	184	63
1974	187	136	256	2 738	1 359	20 285	3 811	380	1 152	932	191	57

1) Ergebnisse der 1%-Mikrozensusbefragungen, ohne Soldaten

2) ohne integrierte Gesamtschulen, und zwar 1972 rund 1 300 Schüler, 1973 rund 1 250 Schüler, 1974 rund 1 600 Schüler

3) ohne Ammen- und Mutterkühe

4) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

5) gewerbliche und Hausschlachtungen, einschließlich des übergebietlichen Versandes, ohne übergebietlichen Empfang

6) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

7) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

8) Umrechnungsfaktor für Steinkohleneinheit (SKE): Steinkohle und Steinkohlenbriketts = 1,0; Steinkohlenkoks = 0,97; Braunkohlenbriketts = 0,69

9) arbeitstäglich

10) einschließlich unbezahlter mithelfender Familienangehöriger

a) Ergebnis der Volkszählung vom 27.5.1970

b) vorläufige Ergebnisse

c) erste vorläufige Ergebnisse

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31. Oktober 1975			Bevölkerungsveränderung im Oktober 1975			Kraftfahrzeugbestand am 1. Januar 1976	
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	insgesamt	Pkw ²⁾
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)					
FLENSBURG	93 630	- 0,1	- 1,2	- 33	- 29	- 62	27 485	25 092
KIEL	261 705	+ 0,0	- 0,8	- 115	150	35	76 030	69 776
LÜBECK	232 654	- 0,1	- 1,0	- 109	- 19	- 128	65 424	59 305
NEUMÜNSTER	84 943	- 0,1	- 1,0	- 12	- 61	- 73	27 372	24 558
Dithmarschen	131 310	- 0,1	- 0,7	- 74	- 43	- 117	48 809	38 182
Hzgt. Lauenburg	151 104	+ 0,0	+ 0,1	- 64	105	41	51 285	43 664
Nordfriesland	161 690	- 0,2	- 0,4	- 28	- 247	- 275	60 824	48 607
Ostholstein	186 791	- 0,0	+ 0,4	- 103	38	- 65	63 628	53 600
Pinneberg	252 906	- 0,0	- 0,2	- 8	- 19	- 27	85 792	75 103
Plön	113 696	+ 0,1	+ 0,3	- 40	113	73	43 884	36 427
Rendsburg-Eckernförde	236 673	+ 0,0	+ 0,5	- 7	27	20	85 800	70 647
Schleswig-Flensburg	176 883	- 0,0	+ 0,4	- 41	-	- 41	68 324	54 306
Segeberg	194 274	+ 0,1	+ 1,2	14	166	180	75 133	63 724
Steinburg	130 517	- 0,1	- 0,8	- 70	- 114	- 184	46 332	37 448
Stormarn	174 428	+ 0,1	+ 1,3	- 55	172	117	62 307	54 396
Schleswig-Holstein	2 583 204	- 0,0	- 0,1	- 745	239	- 506	888 429	754 835

KREISFREIE STADT Kreis	Industrie ³⁾			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Januar 1976 (vorläufige Zahlen)		
	Betriebe am 31.12.1975	Beschäftigte am 31.12.1975	Umsatz im Dezember 1975 Mill. DM	Unfälle	Getötete ⁵⁾	Verletzte
FLENSBURG	56	8 408	107	31	1	36
KIEL	136	27 833	294	134	4	162
LÜBECK	139	27 277	306	102	1	124
NEUMÜNSTER	73	9 424	51	59	1	83
Dithmarschen	60	5 957	170	60	2	71
Hzgt. Lauenburg	95	8 642	55	63	1	86
Nordfriesland	46	2 493	46	86	6	119
Ostholstein	79	5 613	47	101	1	136
Pinneberg	220	21 578	179	136	5	176
Plön	36	2 304	26	52	3	64
Rendsburg-Eckernförde	123	10 966	103	129	3	183
Schleswig-Flensburg	66	4 412	78	106	6	139
Segeberg	171	13 379	144	128	6	175
Steinburg	95	9 706	115	72	2	97
Stormarn	134	15 143	221	92	5	126
Schleswig-Holstein	1 531	173 135	1 943	1 351	47	1 777

1) nach dem Gebietsstand vom 31. Oktober 1975

2) einschließlich Kombinationskraftwagen

3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

4) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

5) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 136 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 und 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 30. Juni 1975			Offene Stellen am 31. 12. 1975	Kuhmilcherzeugung im November 1975			*Viehbestände				
	in 1 000	Veränderung gegenüber			1 000 t	darunter an Meiereien geliefert	kg je Kuh und Tag	Schweine insgesamt am 1.8. 1975	Rindvieh am 3.6. 1975			
		VZ 1961	30.6. 1974						insgesamt	insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)	
in %		in 1 000	in %	in 1 000								
Schleswig-Holstein	2 584	+	11,5	+	0,1	6	149	92,8	10,0	1 711	1 578	482
Hamburg	1 726	-	5,8	-	0,9	7	1	87,2	8,8	14	19	4
Niedersachsen	7 252	+	9,2	-	0,1	18	271	89,9	9,0	6 253	3 172	997
Bremen	721	+	2,1	-	0,7	2	1	82,3	8,8	7	19	4
Nordrhein-Westfalen	17 177	+	7,9	-	0,3	46	194	93,5	9,8	4 523	1 960	650
Hessen	5 564	+	15,6	-	0,3	18	96	83,8	10,0	1 440	946	317
Rheinland-Pfalz	3 678	+	7,6	-	0,5	8	64	87,6	8,9	687	697	240
Baden-Württemberg	9 197	+	18,5	-	0,4	31	200	78,5	9,5	2 166	1 829	693
Bayern	10 830	+	13,8	-	0,2	25	549	89,0	9,5	4 220	4 735	1 962
Saarland	1 100	+	2,6	-	0,7	2	8	81,7	9,8	68	76	27
Berlin (West)	2 004	-	8,8	-	1,4	6	0	24,3	15,5	10	2	1
Bundesgebiet	61 832	+	10,1	-	0,3	168	1 534	88,3	9,5	21 099	15 032	5 378

Land	Industrie ¹⁾				Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im Oktober 1975			
	Beschäftigte am 31. 10. 1975 in 1 000	Umsatz ²⁾ im Oktober 1975		Produk- tions- index 3) 1970=100 im Oktober 1975	Beschäftigte am 31. 10. 1975		zum Bau genehmigte Wohnungen		fertiggestellte Wohnungen	
		Mill. DM	Auslands- umsatz in %		in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
Schleswig-Holstein	176	2 139	21	117	52	20	1 824	7,1	1 269	4,9
Hamburg	174	2 326	15	.	32	19	1 102	6,4	430	2,5
Niedersachsen	681	6 851	22	113	149	21	4 516	6,2	3 715	5,1
Bremen	96	1 029	21	.	16	22	186	2,6	275	3,8
Nordrhein-Westfalen	2 330	21 986	23	100	304	18	8 864	5,2	9 343	5,4
Hessen	654	5 285	25	100	108	19	3 079	5,5	1 078	1,9
Rheinland-Pfalz	369	3 969	25	120	70	19	2 125	5,8	1 470	4,0
Baden-Württemberg	1 415	11 863	24	176 ^a	196	21	5 770	6,3	6 772	7,4
Bayern	1 274	10 094	20	111	248	23	5 797	5,4	7 648	7,1
Saarland	154	1 233	32	120	17	15	406	3,7	348	3,2
Berlin (West)	198	1 666	12	.	35	18	1 636	8,2	1 084	5,4
Bundesgebiet	7 520	68 441	23	105	1 228	20	35 305	5,7	33 432	5,4

Land	*Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1. Juli 1975			Straßenverkehrsunfälle ⁵⁾ mit Personenschäden im November 1975				Bestand an Spar- ⁷⁾ einlagen am 30. 11. 1975 in DM je Einwohner	Steuereinnahmen		
	ins- gesamt	Pkw ⁵⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden
		Anzahl	je 1 000 Einwohner								
									in 1 000		in DM je Einwohner
Schleswig-Holstein	875	742	287	1 393	70	1 817	135	3 942	260	293	106
Hamburg	534	486	281	905	21	1 200	135	7 092	489	2 572	269
Niedersachsen	2 499	2 098	289	3 694	227	4 877	138	4 753	272	360	97
Bremen	221	200	277	407	12	468	118	5 443	360	1 234	191
Nordrhein-Westfalen	5 429	4 844	282	7 602	288	9 913	134	5 472	316	540	131
Hessen	1 990	1 714	308	2 825	82	3 546	138	6 070	319	497	150
Rheinland-Pfalz	1 309	1 080	294	1 707	74	2 364	143	5 194	258	350	121
Baden-Württemberg	3 276	2 768	301	3 956	212	5 534	145	5 734	309	497	133
Bayern	3 909	3 133	289	4 750	258	7 360	160	5 963	290	393	126
Saarland	349	311	283	542	20	755	143	4 684	270	338	83
Berlin (West)	534	484	241	1 087	36	1 338	126	5 091	227	696	118
Bundesgebiet	21 011 ^b	17 898 ^b	289	28 668	1 300	39 172	141	5 505	301	528	130

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

3) von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt

4) ohne Bundespost und Bundesbahn

5) einschließlich Kombinationskraftwagen

6) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

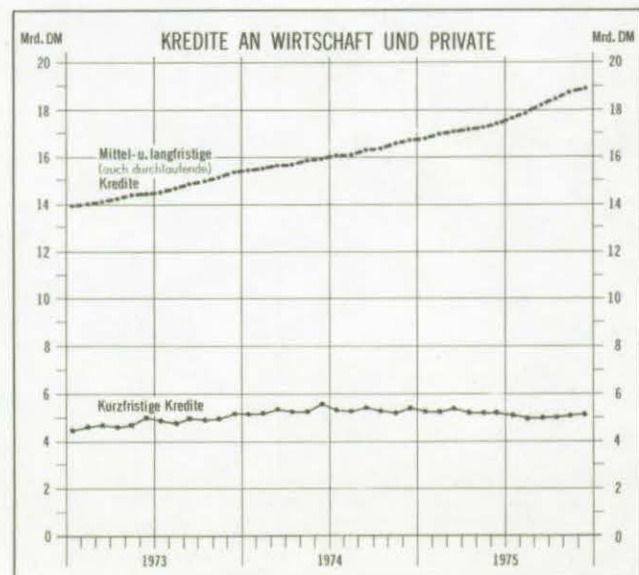
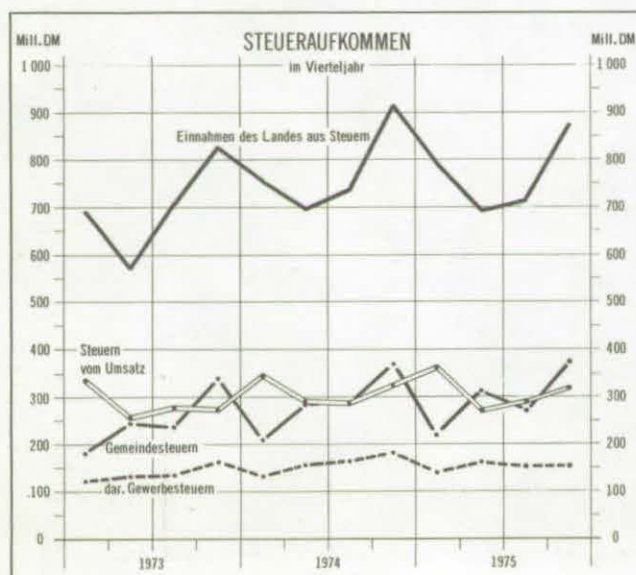
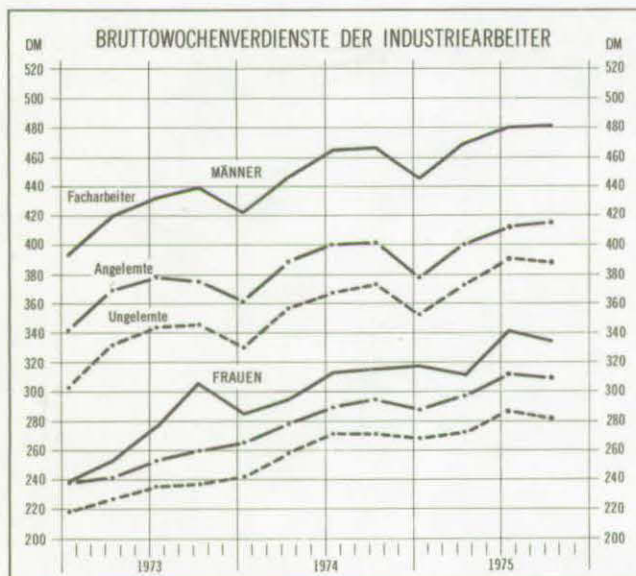
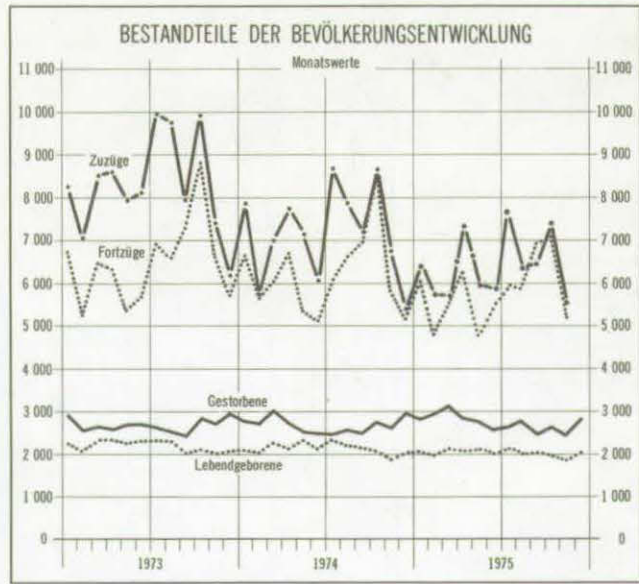
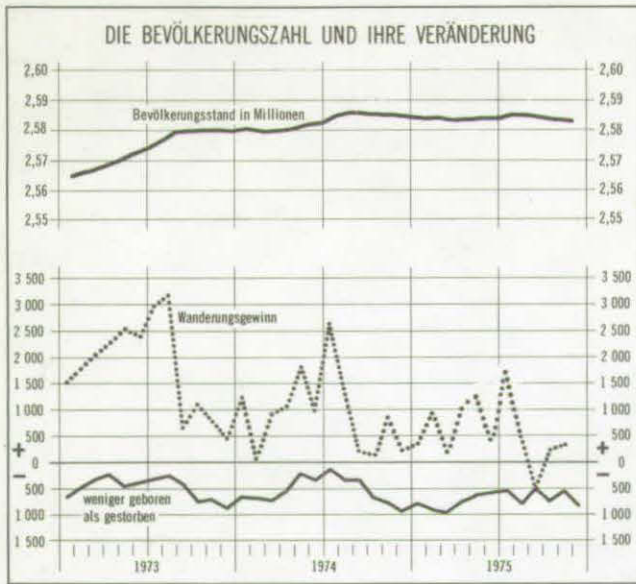
a) 1962 = 100

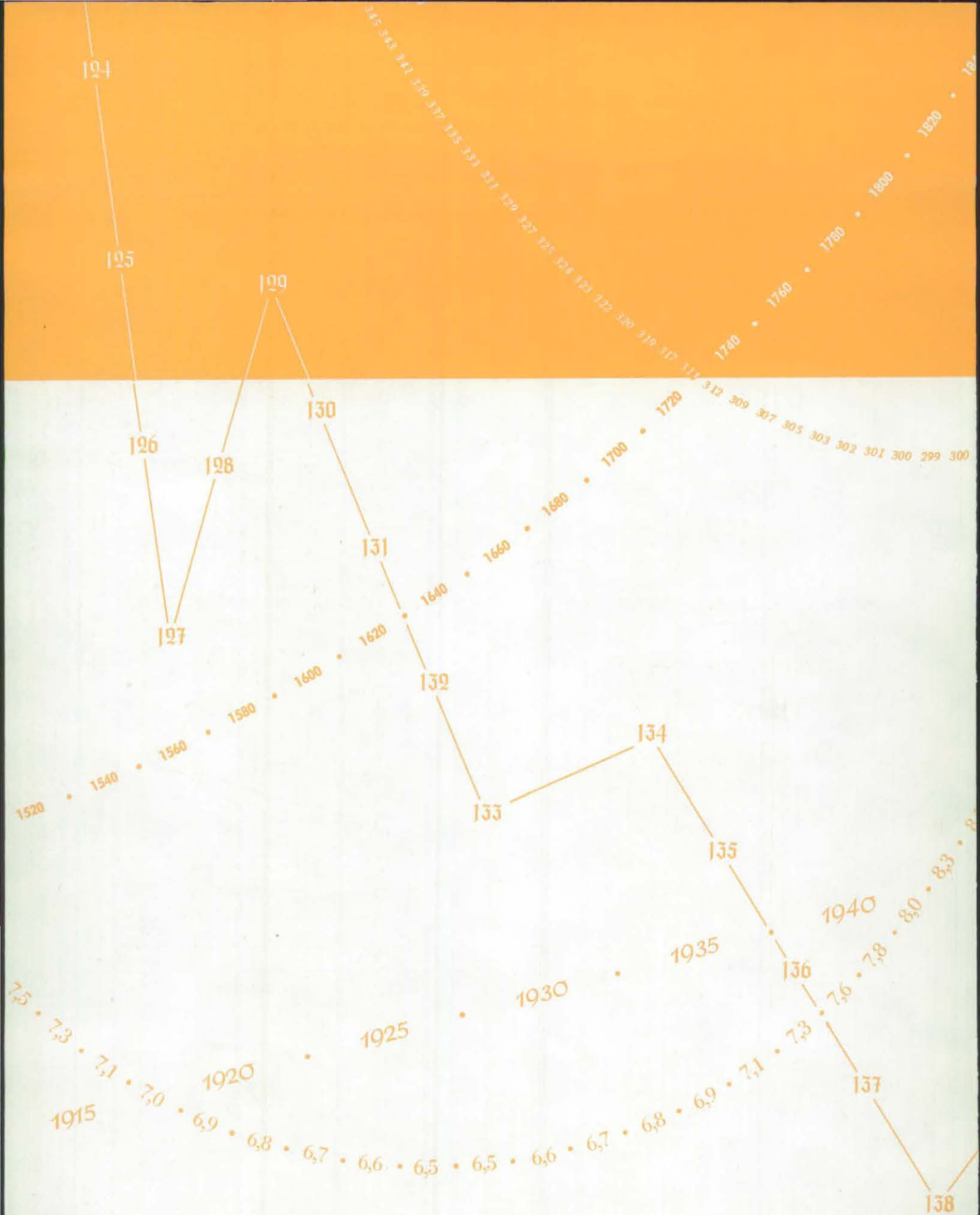
b) Länder ohne, Bundesgebiet einschließlich Bundespost und Bundesbahn

Gedruckt im Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauhauptgewerbe und Nahrungs- und Genußmittelindustrie.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach 11 41; Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 4 07 11

Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korschey

Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21 — Auflage: 750

Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM

— Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird —

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen